Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 145 2. OKTOBER 1976

herausgeber:
frankfurter
informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel.: 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28-602

D1870CX

frankfurter
informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611 70 43 52

postadresse
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

redaktionsschluß
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstraße 79
tel. 040 410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234 70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher straße 197
tel. 0221 42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstraße 20
tel. 07071 23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstraße 41 b
tel. 0811 280 95 22

schweiz
eco libro
8004 zürich
engelstraße 62
tel. 01 39 12 67

druck: druckladen

einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift
und abonummer angeben,
gegebenenfalls stichwort
‚neuabo' oder
‚adressänderung'

BERICHTIGUNG

Berichtigung zur Nr. 144, Seite 9, Artikel „Ries - Engelmann - Prozeß". In der Erklärung des Rechtsanwalts wurde zweimal ein „nicht" eingefügt,und das ist natürlich falsch. Es muß richtig heißen:
„Es darf also weiter behauptet werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Riesschen Betrieben bei Auschwitz täglich 14 Stunden hätten arbeiten müssen".
und:
„Es darf weiter behauptet werden, Herr. Dr. Ries habe Besichtigungen kreuz und quer durch die bayrischen Provinzen durchgeführt nebst Besprechungen mit den örtlichen SS-, Polizei- und Propagandastellenleitern."

INLAND

RUSSEL– KOMITEE–GRÜNDUNG: EIN SCHRITT RÜCKWÄRTS

FRANKFURT (ID) 30.September

Nach zwei weiteren Terminen derer, die sich von Anfang an auf den Aufruf der PSU hin getroffen hatten (SB, GIM, KB und ID), ist die Situation nach wie vor unklar. Die Gespräche zwischen PSU und der Russell-Foundation (RF) um den Zeitpunkt der Gründung des Russell-Komitees haben bis heute zu keinem Ergebnis geführt.

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die Vorgehensweise der Frankfurter Redaktionsgruppe sind durch diese Verzögerung offen zutage getreten: die Vertreter des SB und der GIM wollen die Öffentlichkeitsarbeit für das Ausland und die Mobilisierung innerhalb der BRD solange zurückstellen, bis die Gespräche zwischen PSU und RF zum Ergebnis gekommen sind. Die anderen sind der Meinung, daß in der Zwischenzeit sämtliche Möglichkeiten genutzt werden sollten, die Basis dieser Initiative zu verbreitern, soweit dadurch die Einigung zwischen PSU und Rf nicht erschwert wird.

Wir fordern deshalb nochmals alle Gruppen und Initiativen, die Interesse haben, mitzuarbeiten, auf, sich zu melden und ihre Vorstellungen über eine Zusammenarbeit mitzuteilen.

Kontaktadresse weiterhin: Frankfurter Informationsdienst, 6000 Frankfurt, Postfach 90 03 43

FAHNDUNG NACH FAHNDUNGSPLAKATEN

MÜNCHEN FRANKFURT (ID) 25. September

Nach dem spektakulären Coup der Frankfurter Polizei gegen politische Plakate (ID 143) fanden die Fahndungsaktionen nach Fahndungsplakaten nun in München ihre Fortsetzung. Die von der Beschlagnahmung betroffene Buchhandlung berichtet:

„Heute,am 24.9.76, betraten forschen Schrittes drei in ihrer Kleidung etwas aus der Mode wirkende Herren kurz nach 10 Uhr das Antiquariat der BASIS-Buchhandlung in München, Adalbertstr. 43. Sie verlangten unter Vorlage eines Beschlagnahmebeschlusses die Herausgabe eines Plakates „700000 DM Belohnung, gesuchte anarchistische Gewalttäter" mit der Begründung, nach Größe und Aufmachung erwecke es den Anschein eines amtlichen Fahndungsplakates. Dieses Plakat hing auf einer Hartfaserplatte auf der Innenseite der vergitterten (!) Eingangstür — man möge das jedoch nicht als erstes Zeichen von Selbstzensur unsererseits werten. Nachdem sie dieses Plakat entfernt, den Laden erfolglos nach weiteren Exemplaren abgesucht und der Geschäftsführerin mitgeteilt hatten, gegen sie würde nun nach § 132 StGB wegen Amtsanmaßung (!!) ermittelt, besaßen sie noch die Dreistigkeit, sich mit einem „Auf Wiedersehen" zu verabschieden."

Auch in Frankfurt kam es wieder zu einem Polizeieinsatz. Verhaftet wurden 107 Plakate in der Karl Marx-Buchhandlung und im Frauenbuchladen. Insgesamt 40 Polizisten konnten erfolgreich gegen die Verunglimpfung des Polizeipräsidenten und seiner Amtswürde einschreiten. Der Buchladen 2000 im Studentenhaus versichert hiermit, daß diese Plakate weiterhin erhältlich sind.

P.S.„Am Montag, den 27.9. waren die Hüter des Grundgesetzes schon wieder pünktlich zur Ladeneröffnung zur Stelle. Diesmal hatten sie es auf ein Foto des Plakates abgesehen, obwohl das weder in Farbe noch im Format mit jenem übereinstimmte. Aber dafür hatten sie dann weder einen Beschlagnahmebeschluß, noch wurde etwas von staatsanwaltlicher Anordnung erzählt. Vielmehr behaupteten die Jungs nur keß, daß sei das gleiche wie letzte Woche.

Wir fordern: kostenlose Seh- und Farbtests für unsere K-14-Beamten".

ERKLÄRUNG ZU PETER–PAUL ZAHL

FRANKFURT (ID) 30.September

Am 17.9.1976 hat der 3.Strafsenat des Bundesgerichtshofs die Revision Peter-Paul Zahls gegen das Urteil des Düsseldorfer Landgerichts abgewiesen. Die 15 Jahre Knast wegen „versuchten Mordes in zwei Fällen, jeweils tateinheitlich mit Widerstand gegen Vollstrekkungsbeamte in einem besonders schweren Fall" sind damit rechtskräftig geworden.

Am 23.9.76, dem Tag, an dem die Strafhaft begann, ließ die Anstaltsleitung in Ossendorf sämtliche Manuskripte Zahls und seine Schreibmaschine beschlagnahmen. PPZ trat in den Hungerstreik. Daraufhin erhielt er wenigstens seine Verteidigerpost zurück. Einige Tage später, nachdem Schriftstellerkollegen bei der Anstaltsleitung interveniert hatten, auch das übrige Material. Der Vorfall zeigt, daß jetzt die Möglichkeit eines schärferen Vorgehens gegen den Schriftsteller vorhanden ist und auch genutzt wird.

Die Initiativgruppe Peter-Paul Zahl hat eine Dokumentation über den „Fall" zusammengestellt. An seinem Beispiel soll gezeigt werden, wie haltlos und willkürlich das Feindbild des kaltblütigen Terroristen ist, der durch ein Urteil von 15 Jahren exemplarisch abgeschreckt werden soll. Der Band enthält die Urteile beider Prozesse, PP's Reden im zweiten Prozeß, einen einleitenden Beitrag von Wilfried F.Schoeller über das Schweigen in den Medien, einen Auszug aus der Rede Erich Frieds bei den Frankfurter Römerberggesprächen und eine literarisch politische Kontroverse um den Band ‚Schutzimpfung' zwischen Michael Buselmeier und Peter-Paul Zahl. Mit den Widersprüchen in den Urteilen setzt sich Peter O. Chotjewitz in einem abschließenden Kommentar auseinander.

Gerade, weil es nicht um Peter-Paul Zahl allein geht, sondern darum, an seinem Beispiel Gegenöffentlichkeit gegen die Aburteilungsmaschinerie in politischen Prozessen zu mobilisieren, bittet die Initiativgruppe um Unterstützung bei der Verbreitung der Dokumentation. Sie ist für 7 Mark im Buchhandel oder gegen Voreinsendung des Betrags auf das Postscheckkonto der Initiative erhältlich.

Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, c/o. Verlag Neue Kritik, Myliusstraße 58, 6000 Frankfurt/Main 1.

Postsscheckkonto Eva Michel, PSchA Frankfurt Nr. 517714-607 (Stichwort: Zahl-Dokumentation)

DIE INFO-HATZ

BERLIN (ID/BLATT)
29.September

Dem Info-Bug (Berliner Undogmatischer Gruppen) soll der Garaus gemacht werden. Wurden schon die Nummern 114,115 und 117 aufgrund lächerlicher Vorwürfe beschlagnahmt, erschien die Staatsanwaltschaft zum Legetermin des 123.Info unter dem Vorwand, ein früheres Info wegen irgendeiner Beleidigung mitzunehmen. (Legen : prähistorische Arbeitsweise, bei der die einzelnen losen Blätter zusammengelegt werden.)

Von dem alten Info fanden die ‚Damen und Herren' jedoch nur 13 Exemplare. Dafür nahmen sie das neue Info 123, das gerade frisch gedruckt und gelegt (s.o.) war, mit und verschwanden. Nach einer Stunde erschienen sie wieder; dieses Mal mit einem (mündlichen) richterlichen Beschlagnahmebeschluß.

Als Grund wurde ein gelegtes Blatt, das als Satire auf die Wahl gemünzt war, angegeben. (Lorenz vor und nach der Wahl, bzw. vor und nach der Entführung). Dasselbe Blatt ist auch schon früher in der BRD erschienen.

Türkische und deutsche Kinder, machten die ‚Beamten' ganz schön nervös, weil sie während der Durchsuchung Lieder sangen und die ‚Beamten' aufforderten, abzuhauen.

Nicht nur deshalb: Das Info macht natürlich trotz der staatlichen Versuche, es finanziell zu ruinieren, weiter.

MOHREN KOPF – PROZESSBERICHT

MÜNCHEN (ID/BLATT)
29.September

Kaum zu glauben. Der 2. Anlauf, die mohrenköpfigen Verbrecher vor den Kadi zu bringen, klappte (ID 132). Pünktlich um 9.00 Uhr eröffneten 3 Richter, 2 Schöffen und der SA (Staatsanwalt) Krapf das Verfahren gegen die kriminelle Handlungen billigenden Angeklagten.

Die Angaben zur Person funktionierten reibungslos; schwieriger wurde es bei den Angaben zur Sache. Die angeblichen Übeltäter meinten nämlich, daß sie nur dann etwas beisteuern würden, wenn ihnen dazu was einfällt, und das war zu diesem Zeitpunkt nicht der Fall.

Ein Richter konnte dies überhaupt nicht begreifen, der SA stammelte etwas von StPO, es half nichts, die Angeklagten waren nicht dazu zu bewegen, ein paar Motivationen für den Grund der Aktion von sich zu geben. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und verkündete schließlich, daß der Prozeß für 1 3/4 Stunden unterbrochen wird, da die Zeugen erst dann erscheinen.

Um 11.30 Uhr kommt als erster Zeuge der Bankangestellte O. Er schildert sichtlich amüsiert den Ablauf des Happenings und stellt fest, daß alles nur eine Gaudi gewesen sei; sehr zum Leidwesen des Anklagevertreters. Es folgen zwei weitere Zeugen, beides Angehörige der Gattung der uniformen Wesen, deren Aussagen jedoch unwesentlich waren.

Plötzlich konnte man beim Vorsitzenden ein gewisses Gefühl der Unsicherheit entdecken, das sich wie folgt äußerte: „Es steht fest, daß wir heute nicht mehr fertig werden, deshalb müssen wir den zweiten Verhandlungstag noch bestimmen." (Laut StPO =Strafprozeßordnung, muß der nächste Verhandlungstag spätestens 11 Tage nach dem ersten angesetzt werden.) Das erwies sich aber ‚dank' StPO als unmöglich, da eine Schöffin verreiste, ebenso SA Krapf; eine Richterin und Gerichtsschreiberin keine Zeit hatten.

Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und verkündete anschließend – am 24.September –: „Der Prozeß ist geplatzt, der neue Verhandlungstermin wird auf den 11.11.1976 festgesetzt."

Die Reaktionen auf dieses Datum reichten von Lachkrampf bis zu stundenlangem erstaunten Kopfschütteln. Jeder war sich jedoch einig darüber, daß hier das Gericht sich zumindest unbewußt doch noch zu humorvollem Verhalten durchgerungen hatte, und daß dieser Termin nach dem 1.April zweifellos der würdigste sein dürfte, dem Sachverhalt der Anklage perfekt angemessen.

BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS WIRBT AKADEMISCHE SPITZEL

FRANKFURT (ID)
29.September

Über das Vorgehen der Polizei gegen linke Verlage und Buchhandlungen in diesem Zusammenhang wurde im ID 116,117,118 berichtet. In der Zwischenzeit hat der Börsenverein 300 000 DM Umlagen von seinen Mitgliedern zur Bekämpfung der Raubdrucke gefordert. Der Rechtsanwalt des Vereins, Herr Schmidt di Simoni, verleiht den Staatsschutzaktionen in Berlin (die im Zusammenhang mit dem Zensurparagraphen 88a stehen), die Aura des legitimen Kampfes ums Copyright, indem er sich Durchsuchungsaktionen persönlich anschließt.

Der ‚Hochschulverband', nach eigenen Angaben ‚Standesorganisation der Hochschullehrer' in Deutschland, veröffentlichte jetzt in seinen offiziellen Mitteilungen einen Artikel von F.W. Peter, seines Zeichens Justitiar und Mitglied des Präsidiums des Börsenvereins des deutschen Buchhandels e.V., in dem beklagt wird, daß außer den Verlegern niemand an einer strafrechtlichen Verfolgung der Raubdrucker interessiert sei. Dies aber dürfe nicht toleriert werden, da es sich dabei um Diebstahl geistigen Eigentums handele. Der Börsenjustitiar wörtlich: „Es sollte daher Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Raubdruckbekämpfung bei allen rechtsstaatlich Denkenden bestehen. Die Rechtsabteilung des Deutschen Buchhandels (...Tel. 13061 - 314) ist für alle Hinweise von Hochschullehrern über Herstellung und Vertrieb von Raubdrucken dankbar."

VERLEGER GEGEN ZENSUR IN DER BRD

FRANKFURT (ID)
20. September

Meinungsfreiheit ist ein Fundament der demokratischen Gesellschaft. Sie ist der Inhalt der allgemeinen Menschenrechte in der UNO und als Grundrecht in der europäischen Menschenrechtskonvention, deren Unterzeichner auch die BRD ist, anerkannt.

Die Unterzeichner, Verleger, die an der Frankfurter Buchmesse 76 teilnahmen, haben mit Bestürzung von den kürzlich erfolgten Beschlagnahmungen von Büchern und Plakaten mit politischem und historischem Inhalt durch die westdeutsche Polizei erfahren. Wir können nicht glauben, daß diese politischen Veröffentlichungen irgendeine Bedrohung für die öffentliche Ordnung in der Bundesrepublik darstellen. Obwohl die westdeutschen Richter die Angeklagten möglicherweise freisprechen, bedeuten diese Aktionen der Polizei und der Justiz eine ernste Bedrohung für die Meinungsfreiheit.

Die Atmosphäre von Angst und Rechtsunsicherheit, die durch solche Aktionen der Polizei und der Justiz erzeugt wird, kann nur allzu leicht Schriftsteller, Verleger, Drucker und Buchhändler veranlassen, sich einer Art von Selbstzensur zu unterwerfen, da sie sich sonst unerträglichen persönlichen und wirtschaftlichen Gefahren aussetzen

würden. Die Unterzeichner protestieren gegen diese Angriffe auf die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland und gegen jegliche Form der Zensur in der ganzen Welt.

Martin Eve (Merlin Press/London), Rob van Gennep (Uitgeverij Van Gennep/Amsterdam), Hens Gottmer (Gottmer/Haarlem), D. Kok (Kosmos/Amsterdam), Laurens van Krevelen(Meulenhoff-Nederland/Amsterdam), Andreas Landshoff (Landshoff Productions/Amsterdam), Neill Middleton (Penguin/London), Jill Norman (Penguin/London), W.P.N. Schrijvers (Samson's Uitgeverij en Sijthoff's/Leiden), Peter Smulders (Kosmos/Amsterdam), J.H. van der Veen (Educa Groep Kluwer/Culemborgh), Aize de Visser (Bosch & Keuning/Baarn), M.S. Danielsson (Wahlström&Widstrand/Stockholm), Mathew Evans (Faber & Faber/London), Ursula Dwen (Virago/London), Glenn Thompson (Writers & Readers/London), Bert Bakker (Bakker-Contact/London), J.B. Grasset (Ed. du Seuil/Paris), Charlotte Wolfers (C. & J. Wolfers Lit. Agency/London), Ed Victor (John Farquharson Lit. Agency/London), S. Williams (Writers & Readers/London), Claude Durand (Ed. du Seuil/Paris), J. Dohmee (Bruna/Utrecht), Nina Kidron (Pluto Press/London), Geert Lubberhuizen (De bezige Bij/Amsterdam), Ursula Bender (Pantheon/New York), J. Derlemans (Fehmers Productions/Amsterdam), Alice Toledo (B.M Israel/Amsterdam), M. Malle (Minksgaard/Stockholm), Gösta Abey (Prisma/Stockholm), Hans Reitzel (Reitzel/Cobenhagen), H. Nauta (Cantecleer/de Bilt) Gudrun Larsson (Prisma/Stockholm), Fred Jordan (Grove Press/New York), Rene Coeckelberghs (Coeckelberghs/Stockholm), John Calder (Calder/London), Hein Kohn (Int. Lit. Bureau/Hilversum), Ricilard Handyside (Stage one/London), Claus Clausen (Tiderne Skifter/Cobenhavn), Suzanne Widen (Coeckelberghs/Stockholm), Jules Geller (Monthley Review Press/ New York), W. J. Schouten (Kluwer/Utrecht), Marion Boyars (Boyars/London), Per Gedin (Wahlström &Widstrand/Stockholm), Arie v.d. Berg (Europa Club International/Utrecht), Henk Prins (Prins & Prins Lit. Agency/Amsterdam).

IN FRANKFURT SCHNEIT ES WIEDERMAL HAUSDURCHSUCHUNGEN

Frankfurt(ID)
30. September

Schon wieder hat es in Frankfurt Hausdurchsuchungen zuhauf gegeben, die in der bürgerlichen Presse bis heute nicht erwähnt wurden. Zwei der Hausdurchsuchungen sind im Rahmen der immer noch laufenden Ermittlungen um den Molotow-Coctail-Wurf auf der Demo nach dem Tod von Ulrike Meinhof durchgeführt worden. (ID 125, 126, 127, 134, 135). Je eine Person aus den Wohnungen in der Robert-Mayer Straße 4 bzw. Landgrafenstraße sind festgenommen und ED-behandel worden. Ihnen wird Mordversuch bzw. Beihilfe zum Mordversuch vorgeworfen. Beide wurden nach kurzem Verhör freigelassen. Damit hat sich die Zahl derer, gegen die wegen desselben Delikts ermittelt wird, auf nahezu 30 Personen erhöht. Nach den neuen Verteidiger-Ausschlu Gesetzen, nach denen ein Verteidiger immer nur eine Person verteidig darf, wenn der Tatvorwurf für mehrere Personen derselbe ist, wird es jetzt zunehmend schwieriger, noch Verteidiger zu finden. Die beiden anderen Hausdurchsuchungen in der Friedberger Landstraße und der Mercatorstraße fanden wegen des „Verdachts auf versuchten Waffenkauf" statt. Bei einer dieser Wohnungen war es bereits die vierte Durchsuchung in den letzten zwei Jahren. Auf Anfrage des Anwaltes der Betroffenen wurde mitgeteilt, daß die Akten, die Aufschluß über diese erneute Durchsuchung geben könnten, irgendwo auf dem Dienstweg seien.

WÄHREND DES BÜRGERKRIEGES : DER VERKEHR SOLL NICHT UNTERBROCHEN WERDEN !

WESTBERLIN (ID)
29. September

Der „Tagesspiegel" meldet in der Ausgabe vom 21. September:

„IN WENIGEN ZEILEN : In der U-Bahn-Station Schloßstraße findet heute zwischen 14 und 16 Uhr eine militärische Übung der Amerikaner statt. Der Verkehr soll nicht unterbrochen werden."

Das „Spandauer Volksblatt" am folgenden Tag:

„Augen- und Ohrenzeugen einer ungewöhnlichen Militärübung wurden zahlreiche Berliner gestern nachmittag im belebten Einkaufszentrum Schloßstraße in Steglitz. Ein Zug amerikanischer Soldaten im Kampfdreß stürmte in den U-Bahnhof Schloßstrasse unter der Bauruine des Steglitzer Kreisels und schwenkte in einen noch im Bau befindlichen U-Bahn-Schacht ein. Zweck der vorher angekündigten Kampfübung war die Aushebung einer angenommenen Gruppe von Terroristen, die sich ebenfalls schwer bewaffnet am Ende des Tunnels verschanzt hatte. Mehrere Minuten lang hallten amerikanische Kommandos und die Detonationen von Platzpatronen durch die Gewölbe, dann war der Kampf beendet.
Nach Auskunft des Battaillonskommandeurs sollte die Einheit bei dieser Übung die Kampftechnik gegen kleine Terroristengruppen trainieren. Mehrere solche Übungen sollen in Zukunft folgen, zumal das Vorgehen der TRuppe in der abschließenden Manöverkritik als nicht sehr erfolg reich bewertet wurde."

So werden die jetzt noch „ungewöhnlichen" Übungen wohl wiederholt werden, bis sie zu Berlin gehören wie der Pfannkuchen, und der Verkehr fließt immer weiter. Oder?

PS: Über die Natur des Feindes weiß die Bild-Zeitung noch genaueres: „Als das Licht im Tunnel ausging, waren die dunkelhäutigen ‚Feinde' im Vorteil."

Aus dem besonderen politischen Status Berlins ergibt sich, daß für die Aufgaben, die der Bundesgrenzschutz in der BRD erledigen muß, die Alliierten zuständig sind. So wie der BGS üben auch die US-Truppen nach der Counter-Insurgency-Strategie.

ÜBERREGIONALER KNASTTREFF

MÜNCHEN (ID)
29.September

Am 9. und 10.Oktober treffen sich im Münchner Stadtteilzentrum Milbertshofen, Nietzschestraße 7b Knastgruppen aus der BeRDe. Leute von Auswärts sollen wegen Übernachtungsmöglichkeiten vorher anrufen.

Telefon: 089 / 35 93 062

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

BUBACK LÄSST DRUCKEREI STÜRMEN – ANGEBLICH SUCHE NACH MASCHINENPISTOLEN

Hardebeck(ID) 30. September

Etwa 80 schwerbewaffnete Beamte von Bundesgrenzschutz, Kriminalpolizei und Landespolizei Schleswig-Holstein stürmten, durchsuchten und besetzten in der Nacht von Montag auf Dienstag (27./28. September) die linke Druckerei in Hardebeck unweit von Neumünster. Zweieinhalb Stunden suchte die mit Maschinenpistolen reichlich ausgestattete Truppe angeblich Maschinenpistolen (Der Traum von Maschinenpistolen scheint sich zum Fahndungs - Wahlschlager entwickelt zu haben, siehe auch die Durchsuchungen in Frankfurt)

Sämtliche Geschäftsunterlagen der Druckerei sowie persönliche Briefe und Bücher wurden durchgesehen. Für die Bewohner und Drucker war die ganze Situation dank der starken zahlenmäßigen Über-Staatsmacht nicht kontrollierbar, sie waren bei der Durchsuchung der Räume praktisch nicht anwesend. Alle (die Druckerei wird von 6 Leuten im Kollektiv betrieben, die Offset-Druck u.a. machen) wurden erkennungsdienstlich behandelt. Die leitenden Beamten hatten sich ihrerseits geweigert, sich auszuweisen oder ihre Namen zu nennen, auch fand keine Rechtsmittelbelehrung statt. Die ganze Zeit über wurden die Anwesenden mit MP. s in Schach hehalten. In den Räumen wurden Fingerabdrücke von Wänden und Möbeln genommen, alle Räume wurden fotographiert, Polizeizeichner fertigten einen Grundriss des Hauses an.Die gesamte Druckerei wurde durchsucht und auf den Kopf gestellt. (Anschrift: Die Druckerei, 2351 Hardebek, Jungfernsteig 12a).



ERKLÄRUNG

Wienke Zitzlaff
geb. Meinhof

6301 Staufenberg
Grabenstraße 14

AN DIE UNTERZEICHNER DER FORDERUNG NACH EINER INTERNATIONALEN UNTERSUCHUNGSKOMMISSION ZUM TODE VON ULRIKE MEINHOF

An der Pressekonferenz am 26.8.1976 nahmen teil:

Rechtsanwälte Croissant, Heldmann, Oberwinder; weiterhin Herr Bock, AStA Frankfurt in Vertretung für Erich Fried; Prof. Chr. Sigrist; Christian Geissler, Schriftsteller; RA Bakker Schut aus Holland; RA Capelli aus Mailand; Lucienne Didner-Sergent, Anwältin aus Paris; Henrik Kaufholz, Journalist in Dänemark; Dr. Lazarus, Anstaltsarzt aus Paris und ein Anwalt aus Brüssel.

Mitglieder der Internationalen Untersuchungskommission sind:

Denis Payot, Schweiz, Rechtsanwalt und Generalsekretär der internationalen Föderation für Menschenrechte; Henrik Kaufholz, Dänemark, Journalist; Prof. Nauta, Holland, Prof. für Philosophie; Johann v. Minnen, Holland, Ombudsmann im holländischen Fernsehen; Prof. Paul Jensen, Dänemark, Prof. für Psychologie; Prof. Joachim Israel, Schweden, Prof. für Soziologie; Lelio Basso, Italien, einer der Verfasser der italienischen Verfassung, führender italienischer Verfassungsrechtler, gewähltes Mitglied im italienischen Senat; Michele Beauvilar, Frankreich, Anwältin.

Die Organisation übernimmt Henrik Kaufholz aus Kopenhagen. Die Kommission will am 1.10.76 mit ihrer Arbeit beginnen.

Die Presse in der BRD meldete praktisch nichts über die Pressekonferenz. Nach Auskunft der Stuttgarter Zeitung hat dpa in einer Meldung nicht einmal die Namen der Kommissionsmitglieder weitergegeben. In der Anlage informieren wir Sie über einige ausländische Pressemeldungen.

Wir schreiben Sie heute an, weil wi Sie dringend bitten müssen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, daß mit Ihrer Hilfe die finanziellen Voraussetzungen zur Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission geschaffen werden können. Die Dänen haben bereits verschiedene Veranstaltungen durchgeführt und Geld gesammelt, um die erste Arbeit finanzieren zu können. Es wird Geld gebraucht, für Vervielfältigungen der Dokumente, Post, Telefon, Re isen,Reisen von Zeugen...

Wir bitten Sie zu helfen, daß jeder mögliche Betrag überwiesen wird — von ganz wenig bis ganz viel.

Konto-Nr. PSA Stuttgart 244 1409 IVK s.,,letzte Texte", oder Wienke Zitzlaff, Staufenberg, PSA Essen 135824-439 Stichwort IUK.

Mit freundlichem Gruß

RECHTSEXTREMISMUS IM JVA TEGEL

Berlin(ID) 30. September

Nach den Vorfällen vom 18., 19. und 20.8.1976 in der JVA Berlin-Tegel, Haus III, die von dem diensttuenden Vollzugsbeamten Krammnitz gegenüber dem persischen Mitgefangenen Vakil provoziert wurden,(Am 18. 8. wurde Vakil nach einer Schlägerei mit einem Beamten in Isolation verbracht und zusammengeschlagen. Daraufhin begannen sich

die ausländischen Gefangenen gegen ihre Behandlung in Tegel zu wehren und forderten die Gleichbehandlung mit den deutschen Gefangenen.D.Red). Mußte ein Perser aus Haus IV ins Klinikum gebracht werden, weil er sich angeblich losgerissen hat und die Treppe hinuntergefallen ist. Dabei soll er sich schwere Verletzungen zugezogen haben. Bedenkt man, daß der Mann nur knapp 1.60 m groß ist und 90 Pfd. wiegt und von mindestens vier Beamten abgeführt wurde, dann muß man sich fragen, wie er es geschafft haben soll, sich loszureißen. Also die uralte Nazistory von der Treppe. Justizbeamte aus Haus IV haben auf diesen persischen Mitgefangenen vor den Augen der Gefangenen hemmungslos geknüppelt, und das weiter, als der Mann schon bewegungslos am Boden gelegen hat. Die Knüppel waren blutbeschmiert Die persischen Gefangenen dürfen keine Literatur in ihrer Landessprache erhalten. Da jedoch die meisten zwar deutsch sprechen, nicht aber lesen und schreiben können, haben sie überhaupt nichts zu lesen.

In Berlin–Tegel wird zur Vorbereitung auf das im Januar 1977 in Kraft tretende Strafvollzugsgesetz einiges getan. Es werden Selbsterfahrungsgruppen, Diskussionsgruppen usw. ins Leben gerufen. Zum Teil wird der sogenannte Wohngruppenvollzug erprobt. Im Ganzen macht sich aber deutlich eine kriminelle, rechtsextreme Tendenz unter den Gefangenen bemerkbar. Erstmals wurde das deutlich sichtbar, als der Vorfall mit den Persern und Arabern am 18. und 19.8. mit der Provokation seitens einzelner Vollzugsbeamter gegenüber dem persischen Mitgefangenen Ghaffar Vakil im Haus III geschah. Schon zu diesem Zeitpunkt wurden Stimmen unter den Gefangenen laut, die sich äußerten:„Totschlagen die Kanaken" usw. Jetzt eskaliert sich die Lage immer weiter. In der Woche vom 22. zum 28.8.76 wurde Ali Jansen unter dem Vorwand, er würde in Stuttgart als Zeuge benötigt, per Charterflugzeug nach Westdeutschland gebracht. Um einer eventuellen Weigerung zuvorzukommen, sagte man ihm, er könne seine Sachen alle hierlassen, in zwei bis drei Tagen sei er wieder zurück. Seine Zelle wurde freigehalten und seine Sachen blieben in dieser Zelle unter Verschluß. Nachdem er weg war, wurde aber seine Zelle unverzüglich geräumt und neu belegt. Wir erfuhren, daß Jansen in der BRD bleibt. Mit seinen Sachen verfuhr man nicht besonders sorgfältig. Sie wurden ohne große Rücksicht auf Beschädigungen in einen Plastiksack geworfen. Teilweise wurden auch Sachen auf Anregung des Beamten oder der Kalfaktoren einfach in den Müll geworfen.

Die überwiegende Mehrzahl der Mitgefangenen begrüßte die Tatsache, daß Jansen buchstäblich verschleppt wurde und in Westdeutschland bleiben soll. Vielfach wurde jetzt unter den Gafangenen die Forderung laut, alle politischen Gefangenen und irgendwie linksverdächtigen in einen gesonderten Flügel zu isolieren. Diese Forderung kommt von Gefangenen. Wortführer sind dabei Gewalttäter, d.h. lebenslängliche Mörder und Totschläger, die ihre Sprüche meist damit beginnen, „man sollte uns mal machen lassen" und ähnliches. Der Trend ist also wie gesagt kriminell rechtsextrem. Jedes Wort der Erklärung, Rechtfertigung oder einer Diskussion, das einen etwas linksgestellt zeigt, wird nicht nur von den Beamten mit Mißtrauen registriert, sondern mehr noch von den Mitgefangenen als Anlaß für Diskriminierung und zum Teil für Pöbeleien benutzt. In erster Linie will die Mehrheit einen gemütlichen Knast mit möglichst vielen Vergünstigungen schieben, Hauptanliegen sind und bleiben Alkohol und Pornos. Jeder Ansatz von Politik, Diskussionen und ähnliches werden als Störung und Belästigung empfunden. Es ist erschreckend, was zur Zeit hier blüht. Selbst eine genaue Darstellung der Verhältnisse, die als Folge des gegenwärtigen Trends eintreten, wirken nicht ernüchternd, und geben auch keinen Anlaß zum Nachdenken, sondern werden als Märchen und linke Hetze bezeichnet. So ist man z.Zt. gehalten, sich von jeder Diskussion zurückzuziehen und eine Art Selbstisolierung zu betreiben. Die Leute sind von seiten der Institution derart verhetzt und kriminalisiert, daß es als gute Tat und ein Zeichen der Resozialisierung gewertet wird, wenn Linksverdächtige provoziert, angepöbelt, denunziert und wenn möglich zusammengeschlagen werden, Alles das erinnert mich an Schilderungen aus der Zeit von 1933 und später. Rechtsradikale und kriminelle Banden werden geduldet und teilweise gedeckt und unterstützt, solange sie gegen alles vorgehen, was nur irgendwie demokratisch oder sozialistisch gesinnt ist. Daß sie anschließend selbst Opfer sind, wollen sie nicht wahrhaben. Es zählt nur das „gute" Leben heute. Na, und daß die Institution nicht mit Ansporn und Belohnung geizt, ist wohl klar. Lockmittel sind Vergünstigungen bei Urlaubsanträgen, Ausgängen und diverse Hafterleichterungen. Gefangene, die linksverdächtig sind oder auch nur durch kritisches Denken und Handeln auffallen, bekommen es bald zu spüren. Zellen werden öfter als üblich in schikanöser Art kontrolliert, gestellte Anträge, Bitten oder Voranmeldungen werden schleppend bearbeitet, verschwinden oder werden willkürlich abgelehnt und dergleichen mehr. Mitgefangene werden aufgehetzt, indem man Gerüchte verbreitet, die Betroffenen seien Verräter und Zinker und anderes. Wer weiß, wie es vor 1945 in Deutschland war, kann sich selbst am besten ein Bild von dem machen, was z.Zt. in Berlin-Tegel im Entstehen ist. Man kann es ruhig als Beginn einer Treibjagd bezeichnen. Und wie damals sind auch heute die wahrhaft Kriminellen, wie Mörder, Totschläger, Räuber und Zuhälter, diejenigen, die sich in den Dienst der Herrschenden begeben bzw. den Weg ebnen und Vorwände für Zwangsmaßnahmen schaffen. Um geringer materieller Belohnungen willen stellen sie sich als willfährige Werkzeuge zur Verfügung. Ein gravierendes Beispiel der letzten Tage dafür: Ein Gefangener war plötzlich im Besitz von 10 (zehn) Flaschen Original Whisky, die er für 70 DM (siebzig DM) pro Flasche an Interessenten verkaufte. Eine Flasche wurde durch den Leichtsinn eines Gefangenen beschlagnahmt. Weitere Nachforschungen zu betreiben, woher der Schnaps kommt usw., hielt man nicht für nötig. Da eine derartige Menge aber unmöglich ohne Wissen und Mithilfe von Beamten in die Anstalt kommen kann, ist damit bewiesen, daß hier alle Mittel recht sind und benutzt werden, um einen Teil der Häftlinge weiter zu kriminalisieren und gegebenenfalls unter Einfluß von Alkohol gegen wache und kritische Mitgefangenen aufzuhetzen, indem man ihnen einredet, die „bösen Linken" sind schuld, wenn der Knast verschärft wird, und ihr keinen Schnaps mehr bekommt und eure „Freiheiten" beschnitten werden. Und wehe man versucht, die Tatsachen beim Namen zu nennen, dann bekommt man nicht nur die Sanktionen der Institution zu spüren, sondern auch noch den Unwillen der Mitgefangenen.

NAHRUNGSVORENTHALTUNG IN DER JVA LINGEN I

LINGEN (ID) 24.September In der niedersächsischen Justizvollzugsanstalt Lingen I hat man seine eigene Auffassung, wenn es darum geht, Geldmittel für die Justiz zu sparen. Das Schlimme an der Lingener Methode ist jedoch, daß die Lösung, wie so viele im Strafvollzug, auf dem Rücken der Gefangenen ausgetragen wird.

Schon zu Anfang des Jahres 1976 wurde in der JVA Göttingen festgestellt, daß ich ein Magenleiden habe und einer Magendiät bedarf. Auf Anordnung des Anstaltsarztes Dr.Völkel wurde festgestellt, daß ich statt Kohl und Hülsenfrüchte eine Austauschnahrung haben müsse, was dort auch anstandslos erfolgte. Auch bei meinen Transporten in andere Anstalten wurde diese Magendiät eingehalten.

Nach meiner Verlegung in die JVA Lingen I wurde die ärztliche Diagnose des Anstaltsarztees Dr. Völkel nicht mehr beachtet. Dazu ist zu bemerken, daß meine Krankenakte, in welcher die Diagnose des Dr.Völkel vorhanden ist, mit meiner Gefangenenakte an die JVA Lingen gegangen ist und sie somit dem Anstaltsarzt Dr. Sieger vorlag.

Nachdem ich versuchte , eine Woche die Normalkost hier zu essen, bekam ich wieder oft Magenbeschwerden und suchte daher am 17.September 1976 den Arzt auf, welcher allerdings nicht zu erreichen war. Daher bat ich den Sanitätsbeamten (Name noch nicht bekannt), daß ich wenigstens Weißbrot erhalten möchte, was mir dieser auch sofort zusagte und notierte.

Mir wurde das Weißbrot aber immer noch vorenthalten, mit der Begründung, daß ich nicht nicht auf dem Plan stünde. Um mein Magenleiden nicht noch mehr zu verschlimmern, weigerte ich mich also, die normale Kost, was Graubrot und Hülsenfrüchte angeht, einzunehmen.

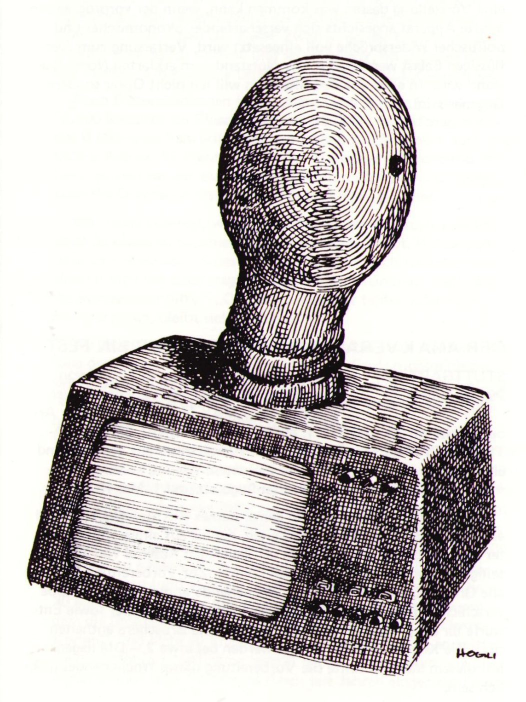
Da es in der JVA Lingen drei Mal in der Woche Eintopf gibt, den ich nicht vertrage, bekomme ich also an diesen Tagen kein Essen. Morgens und Abends bin ich auf die Gutmütigkeit des Kalfaktors angewiesen, ob dieser mir Weißbrot gibt, wenn etwas über ist. Daher ist es an einigen Tagen schon passiert, daß ich den ganzen Tag nichts zu essen bekam. Auch auf eine Rücksprache mit dem Sanitätsbeamten wurde nichts unternommen, dieses abzuändern.

Mir wird also in dieser Justizvollzugsanstalt die Nahrung vorenthalten. Auch die Verpflegung, welche an den anderen Tagen ausgegeben wird, entspricht meines Erachtens nicht den Verpflegungsbestimmungen für Gefangene. So wurde am Sonntag, den 19.September, hier u.a. sogenanntes Hühnerfrikassee ausgegeben, wobei ich bemerken muß, daß dieses aus einer reinen Wasserbrühe bestand, in welcher winzige Stücke Hühnerfleisch vorhanden waren. Meine Ration betraf drei Stückchen Fleisch.

Eine entsprechende Eingabe an den Anstaltsleiter Werner blieb bis heute unbeantwortet. Im Gegensatz zu manch anderen Justizvollzugsanstalten ist das Essen hier ungenießbar.

Solange man mir keine Kost zuteilt, welche meinem Gesundheitszustand gerecht wird, muß ich die Einnahme der Verpflegung aus gesundheitlichen Gründen verweigern. Ich befinde mich allerdings, was ich noch einmal betonen möchte, nicht im Hungerstreik. Mir wird die mir zustehende Nahrung nicht ausgehändigt.

Winfried Knaup, Kaiserstraße 5, 4450 Lingen/Ems



FREISPRUCH: DIE BOMBE WAR KEINE

Frankfurt(ID) 30. September

Mit Freispruch und Entschädigung für erlittene Untersuchungshaft endete der Prozess gegen Lutz M. (ID 144: Ob Bombe oder keine...). Lutz war im November 1975 auf offener Straße verhaftet worden und saß danach 4 Wochen in Untersuchungshaft, weil er eine Plastiktüte bei sich trug, worin sich ein „Spreng-Brandsatz" (so die Ermittler über eine Teedose, Chemikalien und Zeitschalter) befand.

Das Gericht stellte fest, daß die „Bombe" rechtlich keine Bombe sei. Mit einer Geldstrafe von 3600 Mark hatte zuvor Staatsanwalt Romini vom Gericht praktisch ein Gesinnungsurteil gefordert, weil er der Ansicht war, Lutz M. habe vorgehabt, mit dieser „Bombe" die Welt zu verändern. Dabei bezog sich Romini auf eine Erklärung von Lutz M., aus der er schloß: „Wir haben es mit einem Verfassungsfeind zu tun, die Beweggründe seiner Tat (?) sind zu berücksichtigen." Nachfolgend Auszüge aus Lutz M.s Erklärung:

„Ich bestreite nicht, den von den Ermittlungsbehörden etwas unklar als „Spreng-Brandsatz" qualifizierten Gegenstand, eine Teedose und den dazugehörigen Zeitschalter hergestellt bzw. präpariert zu haben, allerdings in Unkenntnis rechtlicher oder verwaltungstechnischer Vorschriften, die mein Verhalten angeblich als Verstoß einstufen.

Allerdings will ich hier versuchen darzustellen, was mich als Linken und Lehrer bewogen hat, mich mit der Frage eines berechtigten Widerstands auseinanderzusetzen, und zwar intellektuell und auch konkret, d.h. in der Aneignung spezieller Fähigkeiten.

Ich haben mich mit diesen Problemen immer wieder und wieder beschäftigen müssen, weil mich die Bedenken und die Sorge um die Entwicklung der Bundesrepublik nicht losgelassen haben. Weil ich immer öfter anti-demokratische Tendenzen und verstärkt faschistische Tendenzen beobachte, weil ich mir Sorgen um die Zukunft mache.

Ich habe mich auch mit diesen Fragen beschäftigt, weil mich das Trauma nicht losläßt, daß diese Entwicklung voranschreitet, ohne daß es breites Unbehagen und Empörung gibt, daß es so laufen könnte, wie es schon in der deutschen Geschichte ablief. Die vielen, die nichts gewußt und gesehen haben wollen, die Bereitwilligkeit, noch freiwillig und geordnet in den Untergang zu gehen.

Stutzig geworden bin ich 1966, als ich an der Frankfurter Uni anfing zu studieren. Vieles was ich bisher für selbstverständlich und in Ordnung hielt, wurde zum ersten Male gründlich in Frage gestellt: ich wurde mit der sich entwickelnden Studentenbewegung und ihrem radikalen Infragestellen konfrontiert und erlebte meine eigene Ängstlichkeit, Unsicherheit und oft meinen Anpassungswillen. Hier sehe ich den Beginn meiner Politisierung, d.h. die Überwindung eines Zustandes der unkritischen Loylität gegenüber herrschenden Meinungen, gegenüber den Funktionsträgern der Macht und ihrer alltäglichen Gewaltpraxis.

Die für mich neue Erfahrung des radikalen Beharrens auf einem Zusammenhang von Politik und Moral, die ständige Diskussion über jedes weitere Vorgehen, das Anzweifeln aller tradierter und formaler Autoritäten erregte mich lustvoll neugierig, machte mich durstig auf jede Art von Gegeninformation (eine Sammelleidenschaft, die ich bis heute nur schwer bändigen kann). Ich freute mich über die direkten Aktionen, war daumendrückender Zuschauer, teilnehmende Randfigur und allmählich einer, der sich desöfteren selbst an den Kampagnen gegen die Notstandsgesetze beteiligte, gegen die uns verteufelnde Springerpresse und ihre Hetztiraden, gegen den barbarischen Vietnam-Krieg und schließlich in der Justizkampagne engagiert.

Wie wir behandelt wurden, verleumdet, totgeschwiegen, kriminalisiert und schließlich verprügelt, die ersten Schüsse auf uns, Tod und Gefängnis: das war eine lebensnahe Nachhilfe, die einige meiner Illusionen von der heilen Welt mehr oder minder schnell zerbersten ließen. Nach Anfang der Sechziger Jahre hatte ich beim Tod eines US-amerikanischen Präsidenten tiefen Schmerz empfunden, ja heimlich geweint. Dann, nur wenige Jahre also danach, hatte ich mich verändert, hatte es einen deutlichen Bruch gegeben. Schmerz empfand ich wieder und Wut, jeden Morgen bei der Zeitungslektüre, Magendrücken über die widerwärtigen Berichte und Bilder aus Vietnam. Die Vor-

stellung vom großen Vorbild Amerika, die uns in seiner Entwicklung immer schon um Jahre voraus war, verblaßte hinter der aggresiven, brutalen Fratze. Strukturen und Interessen wurden mir erkennbar : der amerikanische Imperialismus, sagte und dachte ich. Obwohl ich meiner Sache sicher war, hatte ich noch oft so ein komisches Gefühl, wenn ich IMPERIALISMUS sagte und rief. Noch heute kann ich es an anderen beobachten, denen es jetzt so geht wie mir damals, besonders dann, wenn wir über die Innen- und Außenpolitik der BRD reden und streiten.

Meine berufliche Tätigkeit ist seit meiner Studentenzeit - wenn ich die mal dazu rechne - für mich eine quälende Realität gewesen und geblieben. Der t o t a l e GEGENSATZ.

Das Studium von Mathematik und Physik, die damit verbundene Ausklammerung erfahrener Realität, die Notwendigkeit, mein Studium über Schichtarbeit auf dem Flughafen zu finanzieren im Gegensatz zu meinem Bedürfnis, das von inhaltlicher Auseinandersetzung und solidarischer Diskussion bestimmt war. Der Unterricht in den Fächern Mathematik und Physik verlängerte diese Situation, der Umgang mit Schülern auf die Vermittlung formaler Kenntnisse, verhinderte eine durch subjektive Bedürfnisse bestimmte Kommunikation. Meinen anfänglichen Optimismus und meine idealistischen Erwartungen verband ich mit der Schulreform, der Förderstufe, einem Kurssystem, das Chancengleichheit, Förderung der bisher benachteiligten möglich erscheinen ließ. Die tägliche Erfahrung mit differenzierten Leistungskursen und formalen Beurteilungskriterien, zerstörten jede Illusion eines Freiraums in der Schule und vermittelten mir Reform als technokratische Umgestaltung und Rationalisierung der Schule, ohne eine Veränderung der autoritären Strukturen in der Schule." (........)

„Die Strategie und Taktik der Ermittlungsbehörde in meinem Fall werden in der Presseveröffentlichung vom 6. und 7. November zu meiner Festnahme deutlich. Dabei fällt ein Widerspruch sofort auf: während es in der bürgerlichen Presse heißt, ich sei für die die Ermittlungsbehörden ein unbeschriebenes Blatt, würde in keiner Demonstrantenkartei geführt, ist in der Welt vom 8.11.1975 zu lesen:

„Er trat nur bei einem politischen Lehrerstreik in Erscheinung. " Mit diesem Widerspruch drängt sich mit der Verdacht der Szenerie auf, der sich angesichts der dürftigen materiellen Beweislage der Begründung der Verdunklungsgefahr als Hauptgrund und meiner vierwöchigen U-Haft nur verdichten kann.

Hauptinteresse der Ermittlunsgbehörde ist es doch, gerade in einer Stadt wie Frankfurt, die noch über ein handlungsfähiges Milieu verfügt, Informationen über dessen soziale Struktur zu erhalten. Mit meiner Verhaftung entsteht eine verständliche Hektik in meiner sozialen Umgebung, durch den ins Wasser geworfenen STein kommt die Oberfläche in Bewegung, entstehen Kreise, und die genau sind der Gegenstand des Interesses. Durch Überwachung, Bespitzelung und Erpressung der nächsten Bekannten werden die Beziehungsstrukturen, Verhaltensweisen und Persönlichkeitsmerkmale der von der Verhaftung Betroffenen als Struktur sichtbar , die ausgewertet und registriert Ausgangsmaterial für die Strategie zur Zerstörung eines politischen radikalen Milieus. Unter diesem Aspekt erhalten die Verhaftungen Gerard Streckers und Gisela Icklers ihre über die subjektive Terrorisierung hinausgehende Bedeutung.

Der geplante Terror, der mit meiner Verhaftung auf mich ausgeübt wurde, die eingeleitete Vernichtung bürgerlicher Existenz hat zum Ziel, Angst und Niedergeschlagenheit zu erzeugen. Jedoch vermittelte sie mir wertvolle Erfahrungen, denn aus der Wut über die Behandlung im Knast enstand der Streik gegen die Isolierung und Selbstmord. Dieser Streik gab mir neuen Mut.

Bis zu meiner Verhaftung hatte ich Knast vorwiegend über die politischen Gefangenen und ihren Kampf für andere Haftbedingungen wahrgenommen. Berichte und Schilderungen alternativer Medien und des Gefangenenrats über Knastrealität hatten mich schockiert, mir eine Vorstellung von feudalistischen Herrschaftsverhältnissen vermittelt.

Die Informationen über den sogenannten Mannheimer Gefängnisskandal, der an die Öffentlichkeit kam, erinnerte an Auswüchse, Reste des alten Faschismus.

Mit meinem Einzug in die Preungesheimer U-Haft erhielt ich die Gelegenheit, Reformknast zu erfahren, Knast, der den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht.

Auffällige Merkmale in der modernen Architektur, die an die durchrationalisierte Technik moderner Produktionsstätten erinnert, außen wie innen zweckbestimmt für die Aufbewahrung und Verwaltung von Menschen ausgerichtet - dem Ersatzteillager einer Fabrik entsprechend Die penetrante Vorhersehbarkeit der Ereignisse, die gedankenzerschneidende zentrale Lautsprechanlage, der verwehrte Blick nach außen vermitteln den Objektcharakter der eigenen Person. Die Sinnlosigkeit der Aggression gegenüber beliebig reproduzierbarer Technik bewirkt die Zerstörung nach innen und/oder erzeugt das Bedürfnis nach Subversion.

Im Überwinden der Berührungsangst, der Gleichgültigkeit, sich und den anderen Gefangenen gegenüber entsteht die Möglichkeit der Solidarität. Die langsam durchdringende NAchricht vom Tod in der anderen Zelle, die Rekonstruktion der Ereignisse zerstört die Rationalisierungen, macht Energie frei, erzwingt kollektives Handeln angesichts der Gleichgültigkeit der Aufsichtsbeamten gegenüber dem verwalteten Leben. Betroffenheit, Schmerz, Trauer, Wut lassen sich nicht mehr unterdrücken - die wiedergefundene Emotionalität reproduziert Identität.

Meine Naivität bestand darin, daß ich glaubte losgelöst von dieser Realität einen freien Acker zu finden, auf dem ich experimentieren konnte. Die Lächerlichkeit der Teedose wurde für mich selbst zur Bombe im vorgefertigten Raster der Verfolgungsbehörden und ihrer Hysterie, den Täter zu konstruieren, der ihr die Existenzberechtigung gibt: den bombenlegenden Anarchisten. Die Gesellschaftliche Produktion von Angst und Unsicherheit, die Möglichkeit der Winterreise, der Verhaftung Gerard Streckers und Gisela Icklers vermitteln mir eine Vorstellung dessen was kommen kann, wenn der vorprogrammierte Apparat angesichts sich verschärfender ökonomischer und politischer Widersprüche voll eingesetzt wird, Verfassung zum überflüssigen Ballast werden, d.h. der Notstand zum erklärten Normalzustand wird. In einer solchen Situation will ich nicht Opfer sondern Gegener sein!

DER AMAK VERANSTALTET NICHT NUR EIN FEST

STUTTGART (ID) 28. September

Abgesehen von dem Fest am 19.11., von dem wir schon im ID 144 berichteten, veranstaltet der AMAK (antimilitaristischer Arbeitskreis) am 20. und 21.11. ein INTERNATIONALES SOLDATENTREFFEN. Es werden dort Soldatenvertreter aus dem Ausland über die Situation in ihrem Land berichten. Weitere konkrete Themen dieses Wochenendes: Rekrutenflugblatt und 1. Mai 1977:

Der AMAK schlägt vor, „ein gemeinsames Rekrutenflugblatt und eine Rekrutenbroschüre zu erarbeiten, die bis auf einige Zusatzblätter über die besondere Situation der jeweiligen Kaserne von allen beteiligten Gruppen benutzt werden könnte. Zur Vorbereitung wird an alle Gruppen, die sich für dieses Wochenende anmelden eine Mappe verschickt, in der alle uns bekannten Rekrutenflugblätter sowie Entwürfe für ein gemeinsames Flugblatt und eine Broschüre enthalten sind. Die Kosten für diese Mappe werden bei etwa 2,— DM liegen. Mit diesem Material sollte die Vorbereitung dieses Wochenendes möglich sein.

Wenn noch Zeit an dem Wochenende ist, wollen wir über mögliche gemeinsame Aktionen und Forderungen für den 1. Mai 1977 sprechen." Die Veranstaltung am 19.11.1976 ist öffentlich. Das Wochenende am 20. und 21.11. ist geschlossen. Treffpunkt ist die Adresse des AMAK. Zutritt haben nur Personen, die sich vorher verbindlich angemeldet haben und die von Gruppen legitimiert sind, die dem AMAK bekannt sind. Anmeldung erfolgt schriftlich an: AMAK, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.

Die angemeldeten Gruppen erhalten etwa 14 Tage vor dem Wochenende die Mappe zur Vorbereitung des Rekrutenflugblatts. Für Übernachtungsmöglichkeiten in Stuttgart wird gesorgt, Fahrtkosten werden wahrscheinlich nicht ersetzt.

DÜRREHILFE ODER BUNDESWEHR-PROPAGANDA-AKTION ?

BONDORF (ID) 28. September

Als Maßnahme zur Überwindung der Futternot wurde von staatlicher Seite die „Strohaktion" ins Leben gerufen. Die Bundesbahn verbilligte die Tarife um 40 %, erst nur für Heu und Stroh, dann auch für Mai- und Rübenblatt. Der „Held" der Strohaktion war ohne Zweifel die Bundeswehr. Der Bauernverband war voll Lob, die Wochenblätter und Zeitungen brachten großaufgemachte Berichte: „Soldaten helfen den Landwirten", „Dank und Anerkennung für unermüdlichen Einsatz", „Ertl dankt für die Hilfeleistung der Bundeswehr" usw.. Wir sind nun wirklich die letzten, die gegen Maßnahmen zur Unterstützung der von der Dürre betroffenen Kollegen sind. Nur haben wir gewisse Zweifel, ob der Einsatz der Bundeswehr wirklich so sinnvoll und selbstlos war, ob es damit wirklich in erster Linie um die Unterstützung von Berufskollegen ging.

Nach Pressemeldungen (dpa) „waren von Juli bis Ende August 78.000 Soldaten im Einsatz. Mit fast 28.000 Lastkraftwagen wurden 6 Millionen Fahrtkilometer zurückgelegt." Man hört auch noch andere Zahlen: 47 Pfennige habe der Transport je Strohballen im Durchschnitt bei der Bundesbahn gekostet, bei der Bundeswehr lägen die Durchschnittskosten bei über 3 Mark je Ballen.

Wir haben überlegt, wieso diese Kosten ausgerechnet wurden, ob es da etwas zu bezahlen oder zu verrechnen gibt. Hilfsaktion ist doch Hilfsaktion, Katastropheneinsatz ist doch Katastropheneinsatz! Wen wir auch fragten, alle sind der Meinung: „Nett, daß die Bundeswehr hilft." „Ob die ins Manöver fahren oder Stroh transportieren, bleibt sich doch gleich!"

Wir wollten es genau wissen und fragten bei einer Wahlveranstaltung den (zukünftigen?) Staatssekretär im Ernährungsministerium, Georg Gallus. Der staunenden Versammlung sagte er, als ob es die natürlichste Sache der Welt wäre: „Das wird natürlich vom Agrarhaushalt auf den Wehrhaushalt umgebucht".

Das war so ein richtiges Aha-Erlebnis. So ist das also: Die Bundeswehr transportiert für runde 20,- DM 100 kg Stoh! Die Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet ist dabei der Meinung, daß dies ein selbstloser Einsatz der Bundeswehr sei, und dabei handelt sich's nur um eine Umbuchung von Dürreschädenmitteln auf den Wehrhaushalt.

Jeder Fuhrunternehmer wäre da bereit gewesen, auf Pump 100 Lastzüge zu kaufen. Jeder Lastzug wäre nach ca. 60 Fuhren bezahlt gewesen (und so lange dauerte das Geschäft ja etwa). Die 20 Mark sind nun aber nur die indirekten Kosten. Dem Bauern, dem die Stohballen gebracht wurden, entstanden auch „direkte Kosten", und nicht zu knapp. Leider haben sich viele Landwirte, die das Stroh zur Verfügung gestellt haben, so verhalten, wie die Agrarpolitiker aller Parteien es ihnen seit Jahren eingeredet haben, als Unternehmer nämlich. Futtermittelknappheit bedeutet grosse Nachfrage, große Nachfrage bedeutet, daß man die Preise hochdrücken kann. Uns liegen Beispiele vor, wo pro Ballen 1,- Mark bis 1,20 Mark bezahlet werden mußten (davon entfallen 40 Pfennige auf Preßkosten).

Fassen wir zusammen: an indirekten und direkten Kosten sind mindestens 3,50 DM für 15 bis 20 kg Stroh entstanden. Mit deutlich über 20,- DM je Doppelzentner liegt dieses Stroh fast auf Kraftfutterebene! Bei einem derart unverhältnismäßigen Aufwand muß gefragt werden, wer der eigentliche Nutznießer ist. Ein Blick in die Wochenblätter zeigt, wohin die Richtung geht. Zum Beispiel: „Zwischen den Landwirten und Soldaten entwickelte sich ein teilweise herzliches Verhältnis, das sicher das gegenseitige Verstehen fördert." Die Strohaktion der Bundeswehr war also in erster Linie eine *Propaganda-Aktion für die Bundeswehr*!

aus: „Bauernblatt", September 1976



WOHNHEIM ZIEGELHÜTTENWEG SOLL GESCHLOSSEN WERDEN

Frankfurt(ID) 30.September

Im Gewerkschafthaus in Frankfurt fand am 30.9. eine Pressekonferenz zum Thema Ziegelhüttenweg statt (siehe ID 143), veranstaltet von den Jugendlichen und den Sozialarbeitern des Heimes. Die Vertreter der diversen Ämter blieben ohne Begründung. Ursprüngliches Thema der Pressekonferenz war die drohende Schließung des Heimes sowie die diffamierende Kampagne der Frankfurter Presse in Zusammenarbeit mit der Polizei. (In den Zeitungen waren Berichte erschienen, in denen das Heim als Schaltstelle einer organisierten Autoknackerbande geschildert wurde. Die Wirklichkeit allerdings überholte das ursprüngliche Thema. Der 'Träger des Heims, die katholische Kirche, ließ durch ihren Geschäftsführer die Schließung des Heims verkünden. In einer Presseerklärung des Trägers heißt es:

„ ... Auf Grund der neusten Vorfälle sind dem Trägerverein von Seiten der Landesheimaufsicht im Sinne des Jugendwohlfahrtgesetzes durch Schreiben vom 22. 9.1976 weitreichende Auflagen gemacht worden. Der Trägerverein müßte sich daher zu seinem Bedauern entschließen in Zusammenarbeit mit den einweisenden Kommunal- und Landesbehörden und dem Landesjugendamt, die Verlegung der Jugendlichen in die Wege zu leiten. Dieses hat der Vorstand des Trägervereins in seiner Antwort an das Landesjugendamt Hessen, die bis zum 29.9.1976 erbeten war, erklärt.

Im Sinne einer Erhaltung der Heimplätze, die von allen beteiligten Stellen, insbesondere auch vom Stadtjugendamt Frankfurt, erwünscht ist, hat sich der Träger bemüht, die Fortführung der Einrichtung sicherzustellen. Die Neuerarbeitung einer vertretbaren und praktizierbaren pädagogische Konzeption sowie eine gründliche bauliche Instandsetzung für die durch das Bistum Limburg die Mittel bereit gestellt sind, brauchen einen längeren Zeitraum für ihre Verwirklichung. Im Zusammenhang damit muß der Heimbetrieb zeitweise stillgelegt werden."
Gegen diesen Plan findet am Samstag, dem 2.10.1976 in Frankfurt eine Demonstration der Betroffenen statt. Im Falle der Schließung wollen die Jugendlichen das Heim besetzen, um das Auseinanderreißen der Gruppe zu verhindern. Weitere Informationen zu der Auseinandersetzung im nächsten ID.

VERFASSUNGSBESCHWERDE GEGEN ZWEITSTUDIUMSKLAUSEL

KASSEL (ID) 16. September

Drei Kasseler Studenten haben beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde gegen die sogenannte Zweitstudiumsklausel im Hochschulrahmengesetz erhoben. Die Beschwerde ist inzwischen vom zuständigen ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts bereits zur Entscheidung angenommen und dem Bundestag, dem Bundesrat und der Bundesregierung zur Stellungnahme zugeleitet worden. Die Verhandlung wird voraussichtlich aber erst im nächsten Jahr stattfinden.

Die Zweitstudiumsklausel trifft eine Vielzahl vonFachhochschulstudenten. Aufgrund einer Empfehlung der Kultusministerkonferenz wurde nach 1970 in den einzelnen Bundesländern Absolventen von Fachhoschulen die Möglichkeit eröffnet, über eine Graduierungsprüfung die allgemeine Hochschulreife zu erwerben, um dann ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule aufzunehmen. Der angefochtene § 32 HRG ermöglicht nun aber ab Wintersemester für die sogenannten Zweitstudenten nur noch ein fachgebundenes Weiterstudium. Die Zulassungsquote für ein solches fachgebundenes Weiterstudium wurde von den Kultusministern inzwischen auf 2 % der Gesamtzahl der vorhandenen Studienplätze festgesetzt. Viele Fachhoschschulstudenten haben die Graduierung nur deswegen angestrebt, damit sie später Fächer wie Medizin oder Psychologie studieren können. Für sie bedeutet der § 32 Abs.2 Nr.5, daß ihre Bemühungen der letzten Jahre umsonst waren.

Die drei Studenten betreiben das Verfassungsbeschwerdeverfahren stellvertretend für alle betroffenen Fachhoschulabsolventen. Einmal stellt die Zweitstudiumsklausel eine verfassungswidrige unechte Rückwirkung dar, indem den Studenten, die bis Wintersemester 77/78 eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, diese Möglichkeit im Nachhinein zerstört würde. Außerdem verstoße die Zweitstudiumsklauses gegen Art. 12 Abs.1 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip. Die Hochschulzugangsmöglichkeiten über den zweiten Bildungsweg werden zugunsten des Abiturs praktisch wieder völlig abgebaut.

SCHUTZMÄNNER KNÜPPELN TÜBINGER STUDENTEN

Tübingen(ID) 30. September

Einige Hundert Studenten trafen sich am Donnerstag auf der 6. Rückmelde - Boykott - Versammlung im naturwissenschaftlichen Zentrum der Universität. (ID, 131, 132, 142). Von dort zogen sie zunächst am frühen Nachmittag zunächst zum Dekan, um von ihm eine Stellung nahme zu fordern. Von dort zogen sie in die Innenstadt, um schließlich zu einem Gespräch mit dem Präsidenten wieder ins Univiertel zurückzukehren. Dort hatte der AStA inzwischen vorm Studentenhaus eine Verstärkeranlage aufgebaut, um die Demonstranten mit Musik zu begrüßen. Der Einsatzleiter der dort aufmarschierten Polizei bekam Ohrenkitzel und zog das Kabel der Anlage raus, seinen Mannen befahl er, die Aula abzusperren. Ein Teil der Schutzmänner aber griff, als die Studenten ihre Anlage wieder in Gang gesetzt hatten, zu; wollte sich mit den Boxen davon machen. In diesem Moment kam die Demonstration im Laufschritt am Studentenhaus an und verhinderte den Diebstahl. Einmal als solche ertappt, schlugen die Schutzmänner wild drauf los und verhafteten einen Vertreter des Boykott - Komitees.
Die Studenten waren empört und gingen zurück in die Innenstadt, um dort ihren Protest in die Bevölkerung zu tragen. An der Neckarbrücke, direkt am „Schwäbischen Tageblatt", der CDU- nahen Tageszeitung, schlugen die Schutzmänner erneut zu und verletzten einen Studenten. Die Demonstration ging weiter, sie wurde immer größer bis auf 1500 Leute) und gelangte zum Marktplatz. Dort, wie anschließend in der Fußgängerzone am Holzmarkt machten die Studenten Kundgebungen, um die Bevölkerung zu informieren. Zum Teach - in gingen sie zuletzt wieder ins Univiertel, wo in der Mensa gerade Abendessen war. Bevor die speisenden Studenten informiert werden konnten, drehte die Mensaleitung das Licht ab. Das Teach - in fand trotzdem statt.

ERBSCHÄDEN AUCH SCHON BEI NATÜRLICHER STRAHLUNG

BIBLIS (ID) 28. September

Die KWU (Kraftwerks-Union) hat das schrottreife Atomkraftwerk Biblis gebastelt und will auch das Atomkraftwerk Wyhl errichten. Um uns von der Ungefährlichkeit der radioaktiven Strahlung ihrer Atomkraftwerke zu überzeugen,behauptet die KWU: *„In einigen Wohngebieten der Erde liegt die natürliche Strahlenbelastung erheblich über demMittelwert. In Frankreich ist ein Gebiet bekannt, das von rund sieben Millionen Menschen bewohnt ist, dessen natürliche Strahlenbelastung den normalen Mittelwert dreifach übersteigt. Auch an solchen Stellen sind b i s h e r (!) keine schädlichen Einflüsse der natürlichen Strahlenbelastung festgestellt worden".* Schädliche Einflüsse sind bisher deshalb nicht festgestellt worden, weil man bisher nicht danach geforscht hat. In Indien hat man das inzwischen nachgeholt. Indische Genetiker untersuchten die Bevölkerung in den Küstenregionen Südindiens, die wie ein Teil der Franzosen einer größeren natürlichen Strahlung ausgesetzt sind als andere Inder. In Südindien gibt es nämlich Monazitgestein, das einen hohen Gehalt an radioaktivem Thorium aufweist. Tatsächlich war das Vorkommen der Krankheit Mongolismus dort viermal so groß wie in einer Kontrollbevölkerung ... .

SCHWARZBUCH: STADTAUTOBAHNEN ERSCHIENEN

BERLIN (ID) 30.September Seit 2 1/2 Jahren arbeitet die BIW in Berlin, um den Bau weiterer Stadtautobahnen zu verhindern und eine Neuorientierung der Verkehrsplanung zu erreichen. Die verschiedenen Argumente zur Verkehrs- und Stadtplanung hat die BIW jetzt ausführlich in ihrem Buch ‚*Stadtautobahnen – ein Schwarzbuch zur Verkehrsplanung*' dargestellt.

Erhältlich in Buchläden oder für 10,80 Mark + Porto + Verp. bei: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstraße 11, 1000 Berlin 41, Telefon: 030 / 851 15 09

„WYHL – KEIN KKW IN WYHL UND AUCH SONST NIRGENDS. BETROFFENE BÜRGER BERICHTEN"

FREIBURG (ID) 28. September Über 30 Kaiserstühler, vor allem Hausfrauen, Winzer und Bauern haben ihre Erfahrungsberichte vom Kampf gegen das Kernkraftwerk Wyhl gesammelt. Sie ließen sich nicht von Fachleuten für Dokumentarisches interviewen, wollten keine einheitliche Fortschrittlichkeit beweisen, keine Memoiren am Schlußpunkt eines Kampfes schreiben, sondern eine Antwort geben auf die Forderung der Landesregierung, nun zu vergessen, was bisher vorgefallen sei. Die Akteure haben die Arbeit am Buch selbst in die Hand genommen; die bei der Herausgabe Tätigen blieben Techniker und Koordinatoren, sofern sie nicht selbst als Beteiligte Beiträge geliefert haben. Die Autoren haben untereinander die Themen der Artikel besprochen, sie kritisiert und geändert. Wo das nicht möglich war, weil man kein Einverständnis erzielen konnte, verstand man es als Niederschlag der Differenzen, die auch außerhalb des Buchprojektes bestanden. Das Buch, das so entstanden ist, zeigt die Widersprüche und Differenzen, die Gruppenhoffnungen und -ziele und trägt damit viel zur Klärung rückliegender und bevorstehender Entwicklungen bei. Im Buch wollen die Autoren die Stärke derer beweisen, „die sich ihrer Schwächen bewußt sind" (Vorwort).

Bürgerinitiativen können direkt beim Verlag bestellen oder Prospekte zum Verteilen anfordern. (inform-Verlag, Kaiser-Joseph-Str. 247, 7800 Freiburg).

Wyhl – kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten. inform-Verlag, Freiburg 1976. 19,80 DM. Die Autoren und Herausgeber erhalten kein Honorar. Der Reinerlös soll den Bürgerinitiativen ermöglichen, wissenschaftliche Gutachten erstellen zu lassen.

PROBEBOHRUNGEN EINGESTELLT, BESETZTEN PLATZ WIEDER GERÄUMT

LICHTENHORST (ID) 28. September Seit heute morgen (24.9.76) zieht die Mindener Bohrfirma Engert ihre Geräte von der besetzten Bohrstelle in der Schotenheide bei Lichtenhorst ab (siehe ID 144). Die Besetzer werden mit den letzten Maschinen den Platz räumen.

Die Stadtwerke Hannover werden nach Auskunft ihres stellvertretenden Leiters, Herrn Schreeck, ihre Probebohrungen unterbrechen und „zu gegebener Zeit" fortsetzen. Die Bürgerinitiativen weisen jedoch daraufhin, daß ihre Bedenken gegen die Fortführung der Bohrungen in der Region Lichtenhorst natürlich bestehen bleiben, solange es keine verbindliche Zusicherung gibt, daß dieses Gebiet nicht mehr für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA) vorgesehen ist. Nach Ansicht der Bürgerinitiativen ist es notwendig, jede Arbeit zu verhindern, die der Vorbereitung zum Bau der Anlage dienen könnte.

Aus diesem Grunde wurde auch am Dienstag die jetzt geräumte Bohrstelle besetzt. Die dort geplanten Bohrungen sollten Aufschluß geben über Verlauf, Menge und Qualität des vorhandenen Grundwassers. Da für die geplante WAA große Wassermengen benötigt werden, sind die Meßdaten der Stadtwerke Hannover auch für die KEWA (Projektgesellschaft der Aufbereitungsanlage) interessant. Diese Ergebnisse sind ihr über das Amt für Bodenforschung jederzeit zugänglich.

Die Bevölkerung wird weiterhin aufmerksam jede Bohrtätigkeit in diesem Zusammenhang verfolgen. Die Besetzung dieser Woche hat gezeigt, daß die Bürger entschlossen sind, ihren intakten Lebensraum zu erhalten, und daß sie unter persönlichen Opfern den Bau der WAA verhindern werden.

„AN ALLE WÄHLER IN 6000 FRANKFURT"

Frankfurt/(ID) 30. September Am Mittwoch morgen fanden viele Frankfurter in ihrem Briefkasten eine Postkarte, die anscheinend vom Statistischen Amt und Wahlamt Frankfurt abgesendet war. In der Wahlbenachrichtigung heißt es:

„sorgfältig aufbewahren
WAHLBENACHRICHTIGUNG

Neueste Erkenntnisse über Aktivitäten, die sich gegen Sicherheit und Bestand der Bundesrepublik Deutschland richten, lassen einen ordnungsgemäßen, dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger entsprechenden Wahlablauf fürchten.
Aus diesem Grund hat das Wahlamt in Absprache mit dem Polizeipräsidenten beschlossen, die Wahllokale in die Polizeireviere zu verlegen. Sie, liebe Wähler, suchen deshalb bitte am Sonntag den 3. Oktober nicht das in ihrer ersten Wahlbenachrichtigung für Sie angegebene Wahllokal auf, sondern das für Sie zuständige örtliche Polizeirevier in der Zeit von 8 Uhr bis 18 Uhr, um dort unter dem Schutz der Polizei ihre Stimme abzugeben, so daß ein ordnungsgemäßer Wahlvorgang nunmehr gesichert ist.

Wir bitten für diese Maßnahme um Ihr Verständnis.

STATISTISCHES AMT UND WAHLAMT"

Die Verwunderung vieler Frankfurter Wähler darüber, daß das Wahlamt einen ordnungsgemäßen Wahlablauf befürchten könnte, ließ sie zum Telefon greifen. Rundfunk, Regionalfernsehen und die Regionalpresse fühlten sich veranlaßt, ein sofortiges Dementi des Wahlamtes zu verbreiten (wobei z.Bsp. die Frankfurter Rundschau falsch zitierte und sinnentstellendes ‚um' in den ersten Satz zwischen den Wörtern „lassen ...einen" fügte.) Frankfurts Polizeichef Knut Müller vermutete die Fälscher („das waren Profis") in Anarchistenkreisen, die „Verwirrung unter die Bevölkerung tragen wollten."

AB IN DIE URNE ...

MÜNCHEN/FRANKFURT/BERLIN (ID) 29.September

Das Mobile Einsatz orKester hat zur Wahl ein Lied gemacht:

Refrain: *Ab in die Urne in die Urne Marsch Marsch*
und ein Kreuzchen liebe Leutchen für den größten Schweinearsch

Wen wähl ich bloß, wen wähl ich bloß
die Lust ist klein, der Zwang ist groß
daß ich mich entscheide
ob Blumenkohl, ob Blumenstrauß
oder alle beide
Den Helmut Schmidt erwähle ich zum schönsten Mann von Welt
der wird dann täglich ausgestellt in einem Zirkuszelt

Ab in die Urne...

Und ich werd es nicht verhehlen
ich werde wieder Lübke wählen
der war so interessant
und auch den alten Kaiser Willem
der war so galant
Die SPD erwähle ich zur CDU und jene
zum scheenen Faschingsprinzenpaar im scheenen Meenz amRheene

Ab in die Urne...

Ich wähle meine Tante Liesel
die spricht schneller als ein Wiesel
zum Sprachrohr der Nation
und auch Zwerg Nase hat noch Anspruch
auf den deutschen Thron
die schönsten Ämter gibt es kaum, doch den Herrn Vogel wähl ich
zum Bundesadler auf Lebenszeit, es wird auch Zeit allmählich

Ab in die Urne...

Ich wähle meinen Freund den Franz
ich sage euch der Bundeskanz
viel besser als der Schmidt
der hat ein Wahlprogramm pro Gramm
so 3 Mark fuffzig im Schnitt
Den Georg Leber wähle ich zum Bundesbombenleger
den Willy Brand hingegen nur zum obersten Steinhäger

Ab in die Urne...

Nun ist bald wieder eine Wahl
und eigentlich ist's scheißegal
wer der Nächste ist
was rauskommt ist in jedem Fall
immer wieder Mist
die SPCDFDU hat sich zur Wahl gestellt
und keiner soll von mir behaupten, ich hätt nicht gewählt

Ab in die Urne in die Urne Marsch Marsch
und ein Kreuzchen liebe Leutchen für den größten Schweinearsch

CDU BEWIRKT EINSTWEILIGE VERFÜGUNG WEGEN POLITISCHEM PLAKAT

KASSEL (ID) 26. September

Nicht wenige Beispiele aus der Vergangenheit belegen, daß die „Anwälte der Freiheit" allzugern bei der Behandlung des politischen Gegners ihre demokratischen Verpflichtungen vergessen.

Wieder einmal wurde die „Freiheit" der CDU konkret: Mit Wirkung vom 14.9.76 erging auf Antrag der CDU, vertreten durch den Generalsekretär Biedenkopf, Bonn, gegen den politischen Grafiker Friedel Deventer, Kassel,auf dem Wege der einstweiligen Verfügung die Anordnung:

„Zur Vermeidung eines vom Gericht festzusetzenden Ordnungsgeldes von bis zu 500000,– DM oder einer vom Gericht festzusetzenden Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten ... die Benutzung und Verbreitung des Plakates mit der Unterschrift ‚CDU–Christ-Demagogische-Union' mit darüber stehender Darstellung eines schlagstockschwingenden Polizisten zu unterlassen...

Die Kosten des Verfahrens werden dem Antragsgegner auferlegt. Streitwert 20000,– DM."

Das betreffende Plakat trägt weiterhin den ehemaligen NPD-Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung". Kennzeichnend für das Selbstverständnis der CDU scheint darüberhinaus die Tatsache zu sein, daß die in dem Plakat aufgezeigte Identität von nationaldemokratischer und christdemokratischer Ideologie nicht beanstandet wird.

AUSSAGE VON BRIGITTE MOHNHAUPT IN STAMMHEIM AM 22.7.1976 (I)

Nachdem der Zeuge der Anklage in Stammheim Gerd Müller, in der gesamten bürgerlichen Presse die seiner Funktion angemesse Würdigung erfahren hat (Großformatige Interviews, Lebenslauf und vor allem detallierte Berichterstattung über seine Aussagen), haben wohl Bürger mit gesundem Rechtsempfinden erwartet, daß auch die Aussagen der Zeugen der Verteidigung öffentlich bekannt gemacht würden. Doch mußten sie sich wieder eines Besseren über die Rolle der öffentlichen Medien belehren lassen.Nicht zuletzt wegen der systematischen Verschweigepolitik veröffentlichen wir nachfolgend die Aussagen von Brigitte Mohnhaupt im Stammheimer Prozess(Der zweite Teil folgt im nächsten ID).

„... das ist natürlich Quatsch zu sagen: Studentin, weil genau das gelaufen ist für jeden von uns und gelaufen war. Kann man nur sagen, nichts dergleichen.

Und der zweite Punkt ist, daß ich hier von ihnen, von dem Gericht, von der Bundesanwaltschaft sowieso keine Fragen beantworten werde. Das wäre absurd. So ist das Verhältnis nicht. Für das Verhältnis zwischen uns und dem Gericht, der Justiz, der Bundesanwaltschaft ist der genaue Begriff Krieg, und der deutlichste Ausdruck davon ist, daß vier von uns tot sind, als Gefangene ermordet worden sind.

Dazu gibt es hier – auf dieser Ebene gar keine Möglichkeit der Auseinandersetzung. Warum wir das überhaupt machen, hierherzukommen, reinzugehen in den Prozeß...

Prinzing: Nein, das ist nicht der Gegenstand. der Zusammenhang...

– Doch, das gehört dazu. Das ist überhaupt der Anfang. Ich will jetzt anfangen mit dem, was ich hier sagen will und nicht ihren Schwachsinn anhören. Warum überhaupt einer von uns nach Ulrikes Tod hier noch herkommt, ist weil es notwendig ist, die tatsächliche Struktur der Gruppe transparent zu machen durch das, was wir hier sagen können, also wie real war und ist. Nicht dieses Destillat der psychologischen Kriegsführung, das Müller in seiner Aussage darstellt. Das da behauptet wird – also ne faschistische Struktur praktisch, ums mal auf den Begriff zu bringen. Und daran wird natürlich auch diese ganze Konstruktion zerbrechen, Ulrike hätte überhaupt Selbstmord begehen können.

Es geht uns auf gar keinen Fall darum, zu beweisen, wie Müller lügt oder daß er lügt. Diese Ebene: Kriminalistik – um die gehts ganz sicher nicht. Es geht uns einfach um den Inhalt, den Inhalt der Politik darzustellen, den Inhalt der Struktur wie sie wirklich war. Das ist natürlich ziemlich schwierig hier, aber man muß es versuchen, indem man's einfach beschreibt.

Das werd ich jetzt mal machen: ich will anfangen mit dem Kern der Aussage Müller, worauf sie zielt; also seine Aussage in Bezug auf die Anschläge und seine Zuordnung – die Zuordnung, die der Staatsschutz für notwendig hält, um überhaupt hier zu Verurteilungen kommen zu können. Dazu ist zu sagen, daß die strategische Konzeption, die die RAF 72 entwickelt hat, sich gegen die militärische und politische US-Präsenz in der Bundesrepublik gerichtet hat, daß die einzelnen taktischen, operativen Schritte dazu der Angriff auf das CIA-Headquarter in Frankfurt, der Angriff auf das headquarter der US-Armee in Heidelberg und die Entführung der drei Stadtkommandanten in Berlin waren. Daß diese Entscheidung, dieses Konzept entwickelt worden ist im kollektiven Diskussionsprozeß von allen, die in der RAF organisiert waren, d.h. es gab darüber nen Konsens aller Gruppen, aller einzelnen Einheiten in den Städten. Und so ein klares Bewußtsein von jedem, was das bedeutet, die Funktion dieser Angriffe.

Insofern sind wir alle für diese Angriffe auf die militärische Präsenz der USA in der Bundesrepublik veranwortlich, d.h. wir sind alle verantwortlich für die Anschläge, für die Angriffe auf die headquarters. Das sagt alles über die Struktur schon aus. Darin wird unheimlich deutlich, was Müller versucht: Dieser Quatsch zu sagen, sechs Leute hätten das überhaupt gekonnt: alle Anschläge machen, die gelaufen sind – vollkommen absurd. In dem Zusammenhang der strategischen Konzeption steht auch das Projekt, die alliierten Stadtkommandanten gefangen zu nehmen und auszutauschen – die Eskalation, die das darstellt und die Eskalation, die durch die Reaktion in dem Plan enthalten war; darüber will ich allerdings hier nicht reden. Darüber gibts hier auch nichts zu sagen.

Diese Entscheidung, die Konzeption dieser Angriffe und unsere Verantwortung dafür erklärt sich aus nem wesentlichen Bestandteil unserer eigenen Geschichte: der Politisierung durch die Mobilisierung der Studentenbewegung als Opposition zum Vietnamkrieg. Daß da einfach ne klare Vermittlung war für uns – ein Begriff von der Notwendigkeit und von der Begrenztheit der Vietnam-Mobilisierung, ihrer objektiven Grenze: was sie erreichen konnte und was sie nicht erreichen konnte, bevor sie zerschlagen und integriert wurde.

Man kann sagen: Es ist diese Erfahrung der Notwendigkeit, bewaffnet zu kämpfen – d.h. das Niveau zu erreichen, das der Situation entspricht, in der wir hier in der Bundesrepublik als einer US-Kolonie, einem strategischen Subzentrum des US-Imperialismus sind – die Situation, die RAF konstitutiert hat; na ja, die ganze Argumentation, die hier schon in der Erklärung entwickelt worden ist. Ich glaub nicht, daß ich das noch mal wiederholen muß. Mir gehts darum, das aus der Gruppe raus zu erklären.

Konkret zu den Stadtkommandanten:
Die Entführung hatte materiell den Zweck, die Gefangenen zu befreien, d.h. über die Entführung den Austausch der Gefangenen zu erreichen, die damals schon verhaftet waren und gegen die damals schon Isolation und physische Folter eingesetzt worden ist. Das heißt, es war für die Gruppe eine objektive Notwendigkeit, die Gefangenen zu befreien. Austausch ist das einzige Mittel.

Die Stadtkommandanten in Berlin tauchen bei Müller nur, soviel ich weiß, in der Sternkolportage auf, in der Aussage ist das völlig rausgelassen. Das hat einfach den gezielten Zweck, daß dadurch die Politik, die die RAF 72 gemacht hat, unterdrückt werden soll. Das ist deutlich, denn Berlin war eine entscheidende Sache für uns und auch ziemlich schwierig zu machen, als operativ schwierig. Drei Stadtkommandanten – drei, d.h. drei große Kommandos, die es ausführen sollten. Die Aktion war schon in der Phase der Durchführung, aber durch die Verhaftung konnte sie dann nicht mehr ablaufen-Andreas ist ungefähr zwei Wochen, bevor sie laufen sollte, verhaftet worden und dadurch ist natürlich ein Teil der Infrastruktur zusammengebrochen, d.h. wir konnten nicht wissen, ob dadurch auch der Teil der Infrastruktur berührt war, der unmittelbar für die Aktion bestimmt war. Dazu kam, daß der US-Stadtkommandant ziemlich schwer bewacht war, das timing und die Koordination schwierig war. Es war für uns dann nicht mehr möglich, die Aktion durchzuführen.

Aber wichtig ist: das war die Sache, mit der wir beschäftigt waren, an der wir dran waren – besonders Andreas und Gudrun. Der Staatsschutz läßt Müller deswegen gerade darüber nicht mehr sprechen, damit er behaupten kann, Andreas und Gudrun wären an Angriffen auf die Polizeipräsidien beteiligt gewesen. Das ist Druck, Quatsch. Es entspricht einfach nicht den Tatsachen. Andreas und Gudrun waren zu der Zeit mit mir in Berlin und wir haben diese Sache dort organisiert.

Seine irre Konstruktion ist, daß vier oder fünf Typen sämtliche Anschläge in der BRD durchgeführt haben sollen. Das muß man auch sicher nicht weiter erklären, weil jedem klar ist, wie lächerlich es ist und wie deutlich der Zweck darin. Also dieses ganze Monster hier: fünf Angeklagte – es an fünf Angeklagten direkt aufzuhängen, wo es sowieso jetzt nur noch drei sind.

Es ist alles die gleiche Linie; darin wird auch die ganze Dramaturgie – überhaupt die Linie, die läuft, unheimlich klar: psychlologische Kriegsführung durch Bundesanwaltschaft und Gericht – daß da überhaupt keine Widersprüche bestehen und natürlich auch gar keine bestehen können.

Zum Beispiel, was Müller zu München sagt – ich glaub, er sagt da, Andreas und Holger hätten das gemacht. Tatsache ist, daß weder der eine noch der andere daran beteiligt war. Ich hab das schon gesagt: Andreas war zu der Zeit in Berlin, und diese Aktionen sind von Gruppen durchgeführt worden, die in München waren. Überhaupt – das kann man jetzt sagen – die RAF war damals so organisiert: es gab acht Gruppen in sechs Städten, davon zwei starke Gruppen in zwei Städten. Eine Gruppe war in München. Die Gruppen, die einzelnen Einheiten, waren in das Logistiksystem integriert. Es gab nen Diskussionszusammenhang zwischen den einzelnen Einheiten, aber sie waren autonom in ihrer Entscheidung über die operative Durchführung.

Das genaue Ziel, Planung, checken, Zeitpunkt war den Einzelnen Gruppen überlassen – kann auch gar nicht anders sein. Und es war natürlich so, daß wir von diesen Angriffen vorher konkret nichts gewußt haben – d.h. auch wenn wir es gewußt hätten, hätten wir es nicht verhindert, weil – na ja, es ist einfach nicht Sache, was zu verhindern, was ne Gruppe sich vorgenommen hat. Nur – wir hätten es auch gar nicht verhindern können, weder zeitlich noch technisch, das war nicht möglich unter den Bedingungen. Es war klar, der Sinn der Anschläge war: ne Antwort darauf, daß die fighter auf der Straße erschossen worden sind, also Petra und Tommy. Es hätte also auch niemals unsere Absicht sein können, das zu verhindern.

Den Zweck, den Müllers Gerede mit solchen Zuordnungen verfolgt, ist natürlich genau: die strategische Konzeption zu verschleiern, sie überhaupt völlig rauszulassen, zu zerstören durch idiotische Zuordnungen. Die strategische Konzeption, die sich von Anfang an gegen die militärische US-Präsenz definiert hat, gegen die Besetzung durch die US-Armee, gegen die völlige ökonomische und politische Abhängigkeit von den USA. Und das ist der Punkt, auf den die Aussage mit dieser Zuordnung zielt. Das ist wichtig, weil es die Politik der Gruppe desavouieren will, vernichten soll.

Dann gibts da noch diese Sache, die er behauptet – vielleicht kann ich das an einzelnen Fragen, die von euch dann kommen, jeweils noch konkretisieren. Ich mach das jetzt nur so allgemein. Also die Behauptung, Ulrike hätte im Gegensatz zu Andreas oder Gudrun oder überhaupt im Gegensatz zu Teilen der Gruppe den Angriff auf das Springerhochhaus gewollt und durchgeführt. Und die Behauptung, es hätte da ne Fraktionierung gegeben oder jedenfalls in dieser Richtung Kämpfe untereinander, Terror oder was weiß ich, was das Schwein

da genau sagt. Tatsache war, daß wir, als die Aktion in Hamburg durchgeführt wurde — und das ist hier in diesem Prozeß auch schon erklärt worden — davon nichts wußten aufgrund der ganzen Struktur: es war ne autonome Entscheidung und ne autonom durchgeführt Aktion der Hamburger Gruppen.

Nach der Aktion gab es starke Kritik in den anderen Gruppen. Ulrike ist daraufhin nach Hamburg gefahren, um dort genau rauszufinden, regelrecht zu ermitteln, wie das möglich war, weil die RAF grundsätzlich nie Aktionen mit der Implikation konzipiert hat, daß dabei Zivilisten getroffen werden könnten. Das war ein wesentlicher Grundsatz in allen Diskussionen und die Kritik an der Gruppe in Hamburg war, daß sie die Aktion durchgeführt hat, ohne sich darüber klar zu sein, ohne in ihre Konzeption einzubeziehen, daß Springer natürlich nicht räumen lassen wird. Also darauf genau nicht gefasst war.

Zu diesem Zweck ist Ulrike damals nach Hamburg gefahren, um das zu klären, herauszufinden. Und nach ihren Feststellungen hat sie dann die Erklärung zu dem Anschlag formuliert, in der das auch auftaucht — der ganze Ablauf, Warnung, Springer räumt nicht usw., d.h. also, was Müller behauptet — na ja, was man schon weiß, zu welchem Zweck; und bei Ulrike jetzt, daß er behauptet, sie hätte überhaupt die Absicht gehabt, haben können.

Aktionen zu machen gegen die Anderen — also völlig irre — das entspricht genau der Linie, die jetzt propagandistisch durchgezogen wird: Spannungen etc. diese ganze Fiktion, die den Mord an Ulrike legitimieren soll. Die Behauptung, es hätte Spannungen gegeben,die eine Geschichte haben, die zurückreicht — was Müller hier bringt — die zurückreicht bis Hamburg, bis in die Struktur der Gruppe 71-72, das ist einfach ein ganzes Gebäude, das hier aufgebaut wird zu dem einzigen Zweck, den Mord zu legitimieren...

Prinzing:
So, jetzt will ich ihnen sagen, Frau Mohnhaupt, ihre Meinungen und Wertungen sind hier nicht Gegenstand. Die weitere Behauptung,hier sei ein Mord passiert, nehme ich auf gar keinen Fall mehr hin. Das würde also dazu führen, daß sie mit Ordnungsmaßnahmen zu rechnen hätten.

—Sicher, es gibt noch nen Punkt zu Berlin, wo Müller ja auch sagt, Andreas hätte dort Anschläge befohlen oder hat Leute dazu gedrängt, ich weiß die Formulierung nicht genau. Das ist absurd, weil ja die Aktion gegen die Stadtkommandanten unmittelbar vor der Ausführung war. Es gab also überhaupt keine Diskussion über Anschläge in Berlin. Wenn Müller das sagt, dann kann das nur heißen: weil er die Aktion gegen die Stadtkommandandanten schon im Stern losgelassen hat und auch davon wußte, aller dings nicht die konkreten Details — daß mit dieser Behauptung genau die politische Linie gebrochen werden soll, überhaupt keine Politik mehr stattfinden soll in diesen Konstruktionen und so natürlich auch in dem Prozeß hier.

Das ist zu dem Komplex Anschläge hier jetzt alles, was mir unmittelbar einfällt.

Frage von Rechtsanwalt Temming:
... und zwar zu dem Problem, daß Müller, Kronzeuge Müller behauptet hat, daß der Anschlag gegen Springer in Hamburg durch Ulrike Meinhof geplant und vorbereitet worden sei.

Die Bundesanwaltschaft beanstandet die Frage wegen ‚Kronzeuge'.

Weiter Rechtsanwalt Temming:
Meine Frage: weißt du, ob Ulrike zu dieser Zeit überhaupt in Hamburg war und weißt du, ob es zu Spannungen zwischen Ulrike und Andreas über diese oder sonstige Punkte gekommen ist ; oder wie das Verhältnis überhaupt war?

— Ich hab vorhin dazu schon was gesagt und zwar, daß es nach dem Anschlag ne allgemeine Kritik gab, d.h. unter allen...

Prinzing unterbricht:
Wederholungen wollen wir hier nicht mehr jetzt.

— Jetzt hören Sie doch mal auf, sie haben doch noch keine Ahnung, was ich weiter rede...
das ist ne Präzisierung, was er will. Also vielleicht wiederhol ich dazu nochmal den Kern. Das war das, was ich vorhin dazu gesagt habe: daß Ulrike damals hingefahren ist, um das zu klären und aus dem Ergebnis dieser Klärung, dieser Feststellung der Tatsachen in Hamburg dann die Erklärung zu formulieren.

Genauer: es war so, daß sie in Berlin war und etwa Mitte Mai nach Stuttgart gefahren ist. Sie war in Berlin wegen der Vorbereitung der Entführung, an deren Planung und Organisation sie beteiligt war.

Sie ist dann nach Stuttgart gefahren, um einen anderen Job zu machen, der da wichtig wurde. Und zwar hat sie das gemacht, weil sie darüber sehr viel wußte, das einfach sehr gut konnte. Es ging darum, Material zu bekommen für die Diskussion im Rahmen von dem,was Ulrike überhaupt gemacht hat: Informationsorganisation auf internationaler Ebene. Das heißt, sie hat versucht, den Diskussionsprozeß zu vermitteln, der in der Linken lief und zwar auf internationaler Ebene, mit Gruppen im Ausland. Zu der Zeit war die Diskussion um Betriebsguerilla aktuell.

Es gab in Italien solche Versuche — ne bestimmte Taktik, die in Italien möglich ist aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen — wo wir sagen, daß sie hier nicht möglich ist. Und diese Sache wollte sie damals genauer machen: diesen Diskussionprozeß organisieren unter dem Aspekt, in der Perspektive einer kontinentalen Strategie. Das war der Zweck, weshalb sie nach Stuttgart gefahren ist.

Ich glaube, daß Andreas unmittelbar nach dem Hamburger Anschlag, als die Kritik sofort bei uns lief, angerufen hat in Stuttgart und sie ist daraufhin nach Hamburg gefahren, um das zu klären. So war das, glaub ich. Damit ist auch beantwortet, ob es Differenzen gegeben haben könnte oder weiß der Teufel oder Fraktionierung. Das ist aus den Tatsachen unheimlich klar und deutlich, daß das völlig aus der Luft gegriffen ist.

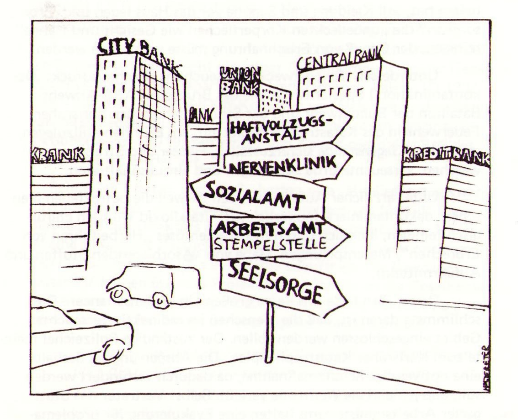
Rechtsanwalt Temming:
Noch ne Frage, das betrifft die Aussagen des Zeugen der Anklage, Gerhard Müller, daß es geplant gewesen sei, Siegfried Hausner zu liquidieren. Weißt du darüber was und weißt du, ob es Trennungen von Individuen von der Gruppe gab und wie die gelaufen sind?

— Es gab natürlich Trennungen. Es wäre falsch zu sagen, so was gibts nicht. Es gibt Widersprüche in der Gruppe, die entstehen in dem Prozeß, in dem die Gruppe ist. Also im Prozeß des Kampf gibts natürlich Widersprüche und es gibt Leute, die entscheiden sich irgendwann, den Job nicht mehr zu machen.

Weil sie das nicht mehr wollen, entscheiden sie sich, umzudrehen, wieder zurück; oder eben als Versuch, eine andere Praxis zu machen, obwohl eigentlich jeder weiß, daß das nicht möglich ist, daß das gelogen ist, wenn man es mal gemacht hat. Sone Entscheidung kann immer nur ein Schritt zurück sein, heißt immer ein Schritt in den Dreck zurück.

Aber es gab solche Trennungen und natürlich ist nie von Liquidation geredet worden, bei keiner Trennung. Es gab Trennungen von Leuten, die den Job nicht mehr machen konnten, nicht mehr machen wollten, eben weil sie begriffen hatten, was Illegalität bedeutet was bewaffneter Kampf bedeutet. Das war ihre freie Entscheidung. Es war ihre freie Entscheidung. Es war richtig, daß sie gegangen sind, es wäre verrückt gewesen, sie zu halten. Wozu, ne gemeinsame Praxis wär überhaupt nimmer möglich gewesen.

Und es gab Trennungen, wo wir das bestimmt haben. Das waren Leute, wo wir gesagt haben, wir trennen uns von denen aus bestimmten Gründen — im Grunde genommen aus denselben natürlich



— weil ne gemeinsame Praxis an nem bestimmten Punkt nicht mehr möglich war. Na ja, die leben natürlich alle noch. Also das ist ganz cool gelaufen. Sie haben sich getrennt, sie machen eben was anderes in dem Bewußtsein, daß sie genau diese Praxis nicht mehr machen konnten.

Vielleicht soll man dazu noch sagen, wie das gelaufen ist, wenn sich Leute entschieden haben, aufzuhören.

Das war immer so, daß das in dem Diskussionprozeß der ganzen Gruppe, der Einheit zu der Einer gehört, entschieden worden ist. Das heißt, es waren alle beteiligt oder sehr viele — alle, denen es unter den Bedingungen möglich war, daran teilzunehmen.

Es lief in Diskussionen und es lief nicht abrupt, sondern es war jedesmal ne Entwicklung da, sodaß derjenige selber genau wie alle anderen, wie jeder in der Gruppe begriffen hat, daß der Punkt erreicht ist, wo zusammen kämpfen unmöglich geworden ist.

Wo er das entscheiden muß: entweder er ändert sich jetzt, er will das noch, bringt sich, schafft sich dahin— und das ist klar: mit allen zusammen natürlich — oder er geht und dann geht er ohne jeden Zwang, ohne Druck, weils seine Entscheidung ist, er's auch nur als seine Entscheidung begreifen kann, weils so vermittelt war im Prozeß aller. Weil ne Trennung oder ein Ausschluß, der nicht verantwortlich, begriffen läuft, Haß bedeutet und der Typ dann früher oder später bei den Bullen landet. Die Gruppe hat nie einen — na, weggeschmissen. So ist das nie gelaufen, so war die Struktur nicht.

Das ist auc h der Punkt, der diese ganze Hausner-Geschichte, die Müller bringt, so absolut unmöglich macht: Liquidation. Das heißt, wir wissen natürlich, daß das grundsätzlich möglich sein muß. Da gibt es kein Problem, in der Illegalität kämpfend ist das einfach so.

Aber in dem Prozeß, in dem die Gruppe 72 war, wäre es falsch gewesen; im Widerspruch zu ihrer Situation. Zu Hausner ist das schon deshalb absurd, weil es einfach nicht stimmt, daß er gehen wollte oder daß wir gesagt haben, er soll gehen. In seiner Person, in dem, was er gemacht hat, gabs überhaupt keinen Grund, zu sagen, er muß gehen oder ganz und gar liquidiert werden. Das ist lächerlich. Es gab nichts. Fehler oder so ~~was~~ macht natürlich jeder, aber diese Arroganz und diese Absolutheit zu sagen: ich mach keine Fehler, hat keiner.

Jedenfalls war die Situation in den Gruppen so, daß ne Sache wie zu sagen: der geht jetzt und wenn er nicht ins Ausland geht, dann ... — also was Müller da sagt, ist doch: wenn er nicht nach Holland könnte, abgeschoben werden könnte ins Ausland, dann muß er einfach so als Notlösung liquidiert werden — so was kann sich nur der Staatsschutz ausdenken. Also daß so ne Sache die Struktur, die Gruppe, die Einzelnen, die in der Gruppe gekämpft haben, natürlich nie gestärkt, sondern geschwächte, zerstört hätte.

Denn mit der Implikation, daß so was laufen könnte in der Gruppe — wie wär es dann noch möglich, daß die Typen kämpfen, daß sie Mut haben, daß sie überhaupt ne Identität besitzen, herstellen können.

Als Notlösung und nur weil vielleicht kein Platz da ist, einen zu liquidieren, der mit uns gekämpft hat — also ne völlig durchgeknallte Konstruktion.

'LINKE EULENSPIEGELEIEN' VOM JUSTIZSENATOR

BERLIN (ID) 28.September Mehr als eine Demonstration gegen den § 88 a bewirkte Anfang letzter Woche eine „Postwurfsendung des Justizsenators", die in etwa 50.000 Berliner Haushalten verteilt wurde:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!
Die für das Schicksal unserer Stadt Verantwortlichen wenden sich heute direkt an Sie, liebe Bürger.

Mit großer Sorge, aber tatenlos mußten wir zusehen, wie immer zahlreicher werdende Bücher, Zeitschriften und Filme, deren Inhalt eindeutig auf eine gewaltsame Veränderung unserer Gesellschaftsordnung abzielt, den deutschen Büchermarkt überschwemmen. Um dieser Flut Einhalt zu gebieten, wurde der § 88a geschaffen. Damit Sie ihn in seiner ganzen Aussagekraft und in voller Verantwortung zur Richtschnur Ihres staatsbürgerlichen Denkens und Handelns machen können, sei hier noch einmal auf die wesentlichen Aussagen dieses Gesetzeswerkes hingewiesen:

Schriften, deren Inhalt geeignet ist, Gewalt zu befürworten, Sicherheit und Ordnung der BRD zu bedrohen oder deren öffentlichen Frieden zu stören; wer diese Schriften also verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt... herstellt, bezieht, vorrätig hält, (also jeder, der in irgendeiner Art und Weise mit diesem Schriftstück in Berührung kommt oder es gar liest, „wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

Die juristische Handhabe, gegen gewaltbefürwortende Schriften vorzugehen, wurde somit vom Staat geschaffen. Sicher werden Sie verstehen, wenn wir diesen Paragraphen im allerweitesten Sinne auslegen. Da jedoch noch keine konkreten Richtlinien seiner Anwendung in Umlauf sind, fordern wir Sie auf — damit Sie sich in keinem Falle strafbar machen — die in Ihrem Besitz befindlichen Schriften, die möglicherweise unter den §88 a fallen, zu unserer Überprüfung in den beigelegten Erhebungsbogen aufzulisten. Die Liste ist bis zum :

15.10.76 an folgende Adresse einzusenden:
Senator für Justiz, Salzburger Str. 21, 1 Berlin 62.

Als Entscheidungshilfe für die Erstellung der Liste seien hier einige Beispiele gewaltbefürwortender Schriften aufgeführt:

H.Böll: Katharina Blum; B.Brecht: Gesammelte Werke; F.Schiller: Die Räuber; Robin Hood: Rächer der Enterbten; Hemingway: Wem die Stunde schlägt; M.Frisch: Biedermann und die Brandstifter; Till Eulenspiegel: Aus dem Volksmund.

Bei etwaigen Nachfragen stehen wir Ihnen ab sofort unter der Telefonnummer 885 30 41 zur Verfügung. Sie werden in Ihrem eigenen Interesse verstehen müssen, daß Ihre Angaben von unserer Seite überprüft werden. Zu diesem Zwecke wird Sie in nächster Zeit einer unserer Kontaktbereichsbeamter aufsuchen. In unseren Bemüh ungen bei der systematischen Vernichtung gewaltbefürworten-

der Schriften kommen Sie uns entgegen, wenn Sie gelegentlich einen prüfenden Blick in den Bücherschrank Ihres Nachbarns werfen könnten.

Mit freundlichen Grüßen
(Unterschrift Prof.Dr. Baumann)"

Dieses Schreiben war zusammen mit einer Liste in die Hausbriefkästen gesteckt worden, auf der man die verdächtigen Bücher eintragen konnte.

Schon am nächsten Tag reagierte die Presse und brachte z.T. schon auf der Titelseite ein Dementi. Die Justizverwaltung erfuhr erst durch die Presse von dem fingierten Schreiben und durch zahlreiche Anrufe von verunsicherten Bürgern (über 400 an einem Tag), die nun nicht wußten, was sie machen sollten.

Wie üblich wurde sofort der Staatsschutz in die Fahndung nach den „Helfershelfern des Justizsenats" eingeschaltet. Nach aussen hin wurde das ganze als „Linke Eugenspiegelei", die insbesondere ältere Leute verunsichern würde, abgetan.

Als „Terroristische Aktion" war das Ganze kaum zu verkaufen, denn wieviel Terroristen muß es in Berlin geben, daß 50 000 Flugblätter verteilt werden können — innerhalb von einigen Stunden?

INTERNATIONALES

FESSENHEIM : KKW NEIN

FESSENHEIM (ID) 30.September

Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen hatten zum 19.9.76 aufgerufen, zu einer Großkundgebung nach Fessenheim zu kommen. Themen der Veranstaltung:

Die Inbetriebnahme des KKW in Fessenheim am 1.Oktober und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen das geplante KKW in Wyhl. Gegenüber den früheren Kundgebungen war die zahlenmäßig meßbare Beteiligung gering. Ca. 2000 waren dem Aufruf gefolgt.

In den Beiträgen wurde noch einmal eingehend auf die Gefahren der Atomenergie hingewiesen. Die einzelnen Sprecher erklärten, stets mit Beifall bedacht, daß der Bauplatz in Wyhl wieder besetzt wird, sobald die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Eine italienische Sprecherin berichtete vom Kampf der Bevölkerung in Seveso. Gruppen aus Biblis, Malville, erklärten sich mit dem Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung solidarisch.

Während der Kundgebung wurde ein Flugblatt verteilt, in dem Einzelheiten des geheimen ‚Katastrophen-Einsatzplanes für das Kernforschungszentrum Karlsruhe-Leopoldshafen' veröffentlicht sind. Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus dem Flugblatt:

„Der Karlsruher Plan sieht folgendes vor:

Bei einer nuklearen Katastrophe im Kernforschungszentrum mit Auswirkungen auf die Umgebung wird „das mögliche Gefahrengebiet sofort gesperrt" — ein kreisförmiges Gebiet (Durchmesser: zehn Kilometer) rund um die Reaktoranlage herum und dazu je nach Windrichtung, ein trichterförmiger Sektor bis zur zehn Kilometer entfernten Grenze der Warnzone ‚A'.

Während starke Polizeikräfte (Schutzanzüge sind kürzlich bestellt worden) das Gefahrengebiet abriegeln, wird die betroffene Bevölkerung über Lautsprecher „zum Schutze ihrer Gesundheit dringend gebeten, sich sofort in die Häuser zu begeben und alle Öffnungen wie Fenster und Türen zu schließen". Wer sich im Freien aufgehalten hat, soll Kleidung und Schuhe vor das Haus legen und „Vorsorglich" die „unbedeckten Körperflächen wie Gesicht und Hände" reinigen; der Genuß von Frischnahrung müsse vermieden werden.

Unterdessen rücken zwecks Entseuchung (Fachausdruck: ‚Dekontamination') Spezialtrupps wie das Bruchsaler ABC-Abwehr-Bataillon der Bundeswehr und der Strahlenschutz der Karlsruher Feuerwehr in das Katastrophengebiet ein, um Brunnen stillzulegen, verstrahlte Gegenstände sicherzustellen, Häuser und Straßen abzuwaschen, verseuchte Erde abzutragen und einzuasphaltieren.

Unter ärztlicher Aufsicht werden derweil die betroffenen Menschen ‚dekontaminiert' (äußerlich mit Titandioxid Wunden chirurgisch reinigen, innerlich durch medikamentöses „Herbeiführen von Erbrechen", Magenspülungen, Gabe von absorbierenden Stoffen und Abführmitteln).

Dieser Plan ließe uns keine großen Überlebenschancen. Das schlimmste daran ist, daß die Menschen im radioaktiv verseuchten Gebiet eingeschlossen werden sollen. Der zuständige Polizeichef meinte zum Karlsruher Katastrophenplan: Die Absperrung sei deshalb eine notwendige Schutzmaßnahme, da dadurch verhindert werden soll, daß jemand die Warnzone verläßt. Selbst Vertreter des Stuttgarter Arbeitsministeriums halten eine Evakuierung für problematisch, weil die Menschen die Häuser, die noch einen gewissen Schutz bieten, verlassen müssen. Die Menschen im verseuchten Gebiet würden von ihrer Umwelt abgeriegelt. Die gesundheitlichen Schäden treten später ein!

Fragen Sie deshalb bei Ihrem Bürgermeisteramt oder beim Regierungspräsidium Freiburg (Telefon 0761 / 31 875,Abt. P7) nach den Sie betreffenden Evakuierungs- und sonstigen Katastrophenmaßnahmen.

ACHTUNG — WICHTIG FÜR ALLE BÜRGERINITIATIVEN :
AUS STRATEGIE UND TAKTIK DER ATOMENERGIEBETREIBER

MALVILLE (ID) 28. September

Die französische Regierung hat, ehe sie mit ihr ihrem Schnellen Brüter nach Malville ging, eine sozialhistorische Untersuchung anstellen lassen unter der Fragestellung, in welcher Region Frankreichs in Nähe eines größeren Flusses bisher in der Geschichte am wenigsten Widerstand gegen Maßnahmen der Regierung geleistet wurde. Und da kam man auf diesen Ort. Der Erfolg zeigt sich am 4. Juli 1976, als aus ganz Frankreich und auch dem Ausland 20.000 Demonstranten kommen, den von der französischen Sonderpolizei CRS schwer bewachten Platz umlagern und sogar, nachdem der elektrische Zaun zerstört worden ist, einige Tage besetzen. (siehe ID 133/134).

MILITANTE AKTION BEIM KAMPF GEGEN DEN SUPER-PHÖNIX

MALVILLE (LIBERATION/ID) 23. September Nach ersten Protestaktionen von KKW-Gegnern im Juli gegen das Projekt eines Schnellen Brüters in bisher nicht erreichter Größenordnung, in der Gemeinde Creys-Malville im Departement Isere (Rhone) – siehe ID 133/134 – nahmen die Anti-KKW-Komitees von Malville, unterstützt von verschiedenen Umweltschutzgruppen, mit einem nationalen Aktionstag am 18./19. September den Kampf gegen den Bau des Super-Phönix wieder auf.

Schon am Freitag, dem 17.9., hatten neun Mitglieder der Koordinationsgruppe „Rhone-Alpes" der Komitees von Malville die Büroräume des Direktors der NERSA in Lyon besetzt. Die NERSA ist eine Filiale der staatlichen Gesellschaft EDF, sie war mit dem Bau des Schnellen Brüters in Malville beauftragt. Die Besetzer hatten elf Fragen über das Projekt Super-Phönix an die Gesellschaft und wollten ihre Besetzung nicht eher abbrechen, bis man sie ihnen beantwortet hätte. Einige der wichtigsten Fragen lauteten:

– *Warum verweigert die Gesellschaft jegliche Informationen über die Gefahren des Schnellen Brüters in den Zeitungen?*
– *Hat der massive Protest im Juli etwas am geplanten Projekt geändert?*
– *Warum versichert keine Versicherung das Risiko radioaktiver Verseuchung?*
– *Welche Folgen würde im Kriegsfall, in dem der Super-Phönix Zielpunkt für den Gegner sein könnte, eine Bombardierung für die Bevölkerung nach sich ziehen?*
– *Welche Maßnahmen haben Sie im Katastrophenfall zur Rettung der Bevölkerung vorgesehen? Gibt es einen Katastrophenplan, wird er veröffentlicht und wird im Ernstfall ein schnelles Handeln gewährleistet sein?*
– *Wie wird das Problem der Mülldeponie gelöst werden?*

Nach mehreren Stunden kam es bei einer einstündigen Zusammenkunft zum Meinungsaustausch mit den Verantwortlichen der NESRA. Das Treffen lief ohne Zwischenfälle ab.

In Grenoble demonstrierten dann abends auf den Aufruf von 19 KKW-Nein-Organisationen 3.000 Personen („Heute inaktiv, morgen radioaktiv"), um die Öffentlichkeit weiterhin vor den Gefahren des KKW-Baus zu warnen und gegen das geplante Projekt zu protestieren. Es gab keine Zwischenfälle bei dieser ersten Aktion der Komitees seit der Vertreibung vom Bauplatz des Schnellen Brüters im Sommer. Auf einer abschließenden Kundgebung berichteten drei Delegationen über ihre Zusammenkünfte mit dem Bürgermeister, dem Landrat und dem Präfekten, wo sie jeweils ihre Forderungen bekanntgegeben hatten:

- *Einstellung der Bauarbeiten am Brüter, eine Forderung, über die der Landrat sich positiv geäußert hat,*
- *Offizielle Verbreitung der Meinungen aller Beteiligten,*
- *Veröffentlichung des Plans „Orsec-Radiations", eines Katastrophenplanes bei einem radioaktiven Zwischenfall am Super-Phönix. Hierzu erklärte die Präfektur, daß der Plan veröffentlicht werde, sobald er endgültig erstellt sei.*

Weitere Demonstrationen gab es dann samstags und sonntags in der ganzen Gegend: 400 Menschen demonstreirten in Valence, in vielen Gemeinden wurden Flugblätter verteilt, es gab einen Autokonvoi, und die Aktionen wurden mit einem Picknick beendet.

Die Frage nach der Wirksamkeit der Demonstrationen im Kampf gegen den Bau des KKWs, die nach der friedlichen Demo in Grenoble wieder aufkam, beantwortete am Vormittag des 18. Septembers ein Kommando von etwa 20 KKW-Gegnern mit einer militanten Aktion: sie verschafften sich unbehelligt Zutritt zu den Büroräumen der Zivilschutzabteilung auf der Präfektur in Grenoble. Einige Minuten später verschwanden sie ebenso unbemerkt, nicht ohne sich in den Besitz einer Anzahl von Dokumenten gebracht zu haben, darunter, wie es heißt, dem Plan „Orsec-Rad", der bis dahin geheim gehalten worden war, um die „Bevölkerung nicht zu verwirren".



Die letzte Demonstration gegen den Super Phönix
Transparent: ‚Stoppt den Schnellen Brüter von Malville'

In einer Presseerklärung gab ein Verantwortlicher der Malville-Komitees später bekannt, daß sie nicht die Verantwortung für diese Aktion übernehmen würden, die Mitglieder des Kommandos jedoch aus Solidarität unterstützten. Er fügte hinzu, daß man die Dokumente nach einer wissenschaftlichen Analyse, falls sie interessant seien, veröffentlichen würde. Ein weiteres Mitglied der Komitees nahm zur Kommando-Aktion wie folgt Stellung: „Wir schrecken vor illegalen Aktionen nicht zurück. Solange wir bei symbolischen Aktionen bleiben, die Rücksicht auf Menschen nehmen und nicht gewaltsam sind, können wir illegale Aktionen machen, wie die Besetzung von Büros, das Aufhalten von nuklearen Transporten oder die Verbreitung von offiziellen geheimen Dokumenten."

Während die Mitglieder des Kommandos bis Montagabend noch nicht an die Öffentlichkeit getreten waren, erklärte ein Vertreter der Präfektur, daß die entwendeten Papiere keinerlei vertraulichen, geheimen Charakter enthielten, sondern nur administrativen Charakter hätten. Er sprach den Verdacht der Komplizenschaft von Mitarbeitern in der Präfektur mit dem Kommando aus und fügte hinzu, daß Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt worden sei. Man habe eine Untersuchung über die Ereignisse von Samstagfrüh eingeleitet.

Inzwischen liefen seit Sonntag morgen Hausdurchsuchungen bei Fotografen (angeblich befanden sich bei der Aktion Fotografen in der Nähe), die für eine neue Lokalzeitung arbeiten („La Cité nouvelle") und anderen Aktiven aus Gewerkschaften und vom Komitee. Die zahlreichen Hausdurchsuchungen lassen die wiederholten Erklärungen des Präfekten, bei den entwendeten Papieren handele es sich um unwichtige Dokumente, widersprüchlich erscheinen.

Die Koordinationsgruppe der Komitees von Malville stellte noch einmal klar heraus: In der Tat plant die NERSA den Baubeginn des Super-Phönix für den 15. Oktober. Inwieweit ist diese Tatsache mit der Fortsetzung eines Dialogs mit der Bevölkerung zu vereinbaren? Vor einer solchen Situation, die die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen stellt, ist das Komitee entschlossen, mit noch größerem Nachdruck zu intervenieren, immer aber mit der gegebenen Rücksicht auf Personen, damit ein wirklicher Dialog beginnen kann.

Die Forderungen, die von den Demonstranten am 3. Juli gestellt worden sind und die die Bevölkerung nun wieder aufgenommen hat, bleiben bestehen: „*Baustopp, Informierung der Bevölkerung und Volksentscheid*". Die heute im Radius von 10 bis 15 km um den Bauplatz des Super-Phönix existierenden KKWNein-Komitees, sind auf über 20 angewachsen, was den Mobilisierungsgrad der Bevölkerung verdeutlicht, sowie ihren Willen, den Bau des KKWs zu verhindern.

Was ist der Schnelle Brüter Super-Phönix, warum ist er gefährlich, und warum beharrt die Atomindustrie auf seinem Bau?

Die Schnellen Brüter sollen die Betreiber unabhängig machen von der voraussehbaren Verknappung der Natur-Urans auf dem Weltmarkt. Es soll der Reaktortyp der Zukunft sein. Denn in der Brennkammer wird nicht wie in den traditionellen Kernkraftwerken nur Uran verbrannt, sondern eine Mischung von Uran und Plutonium (einem Extrakt des Brennmaterials traditioneller Reaktoren). Und diese Mischung erzeugt bei der Verbrennung 30 % mehr Plutonium als beim Betrieb verbraucht wird. Innerhalb von 40 Jahren entsteht dann bei einem Super-Phönix-Brüter genug überzähliges Plutonium, um damit einen neuen Brüter zu bestücken.

Frankreich, mit 200 geplanten Kernkraftwerken der zukünftige Atomgigant (falls der Plan sich erfüllt), ist mit dem Projekt Super-Phönix einzig in der Welt. Wenn andere Länder von Mini-Brütern nur den Sprung auf 300 MW-Brüter gewagt haben (wie in der BRD beim Brüter Kalkar) oder einstweilen auf den Brüterbau verzichten, um einen längeren Beurteilungsspielraum zu haben (wie in den USA, wo zudem der Bau des Brüters Oak Ridge gerichtlich verboten wurde), so springt man bei der EDF (électricité de france) vom Mini-Brüter sogleich auf einen 1.200 MW-Versuchsbrüter, das sei „die kühnste Erweiterung, die man ohne unvernünftige Risiken wagen kann", wie die EDF meinte.

Die Risiken sind enorm, die Gefahren unvorstellbar. Das Plutonium ist „das Schlimmste und Gefährlichste, was der Mensch je geschaffen hat", wie auch die EDF weiß. Ein Millionstel Gramm, eingeatmet, läßt einen Menschen in spätestens 20 Jahren an Lungenkrebs sterben, ein Tausendstel Gramm führt schon in wenigen Tagen zum Tod. Und das Plutonium hat die Eigenschaft, sich ausgezeichnet zu pulverisieren und als Schwebstoff in der Luft zu verteilen.

Von diesem Stoff, den es natürlich nicht gibt, sondern der bei der Uranverbrennung entsteht, soll der Superphönix 4.600 kg, also fast fünf Tonnen enthalten. Sieben Kilo Plutonium reichen für einen Atomsprengsatz. Die Halbwertzeit des Stoffes ist 24.000 Jahre. Dann ist also noch die Hälfte der Substanz erhalten. Ein verstrahltes Gebiet wäre also endlos unbewohnbar.

Ist dies schon gefährlich genug, so übertrifft die Kühlmethode alle Gefahrenmasse: Das Kühlmaterial sind 5.000 Tonnen flüssiges Natrium. Dieses flüssige Natrium bildet den Primär- und den Sekundärkreislauf. 3.400 Tonnen davon sind hoch-radioaktiv. Dieser Stoff hat die Eigenschaft, bei Erhitzung und der Berührung mit Luft oder Wasser sehr heftig zu explodieren und gewaltige Brände zu entfachen. Da dieser notwendige Erhitzungsgrad nur 140° C ist, der Reaktor aber mit 600° C arbeitet, ist ein solcher Fall bei Schäden also sehr leicht möglich.

„Ob es uns freut oder nicht", meint die EDF, „wir kommen in eine Welt, wo wir immer weniger begreifen, was in den großen Industrieanlagen geschieht. Nun gut, man muß das akzeptieren". Wie es dazu kommt, daß wir das immer weniger begreifen? Auch das weiß die EDF: „Es muß gelingen, daß die Bevölkerung nicht von der gegnerischen Propaganda kontaminiert (vergiftet) wird."

Man kann sich die Plutonium-Gesellschaft vorstellen, die beim Betrieb solcher Anlagen notwendig wird. Wer Informationen hat und verbreitet, ist Terrorist und Staatsfeind. Die Polizei sorgt dafür, daß die Bürger ohne Kenntnis bleiben und bei nuklearen Vergiftungen isoliert in den Gefahrengebieten sterben müssen. Für die Straßentransporte zur Wiederaufbereitungsanlage La Hague ab 1985 wird eine neue Super-Polizei-Truppe nötig sein zur absoluten Abschirmung vor den Bürgern. Der Staat wird das absolute Monopol an Information und Planung haben. Jede Gegenwehr wird er vernichten müssen, um die Kernkraftwerke zu schützen und damit den Bürgern die Stromversorgung zu sichern.

„Es ist unerläßlich", sagt Jean-Claude Leny, Direktor der Atomfirma Framatom, „daß die Kernkraftwerke auf quasi militärische Weise betrieben werden."
(Der Polizeistaat würde international sein: Die Finanzierung des Superphönix trägt zu 51 % die EDF, zu 33 % die italienische ENEL, zu 16 % die deutsche Brütergesellschaft SBK. Von dieser wiederum hält die RWE 65 % der Anteile, 14 % die holländische SED, 14 % die belgische SYATOM und 7 % die britische CEGB. Kein Wunder, daß auch der Widerstand international ist!)

SOARES WILL LANDKOOPERATIVEN RÄUMEN LASSEN

PORTUGAL
(ID/INFO–BUG)
28.September

Am 21. September beschloß das portugiesische Kabinett unter Vorsitz von Mario Soares die Räumung der ‚illegal' besetzten Landgüter. Die Räumung soll ab Montag, den 27.September, stattfinden und 101 Kooperativen betreffen. Welche Kooperativen genau davon betroffen werden, ist uns noch nicht bekannt.

Als Gründe für dieses Vorgehen, was der bisherigen sozialdemokratischen Strategie zu widersprechen scheint (die PS wollte seither die Kooperativen v.a. über die Kreditvergabe ‚kalt' integrieren: da die Kooperativen von günstigen Krediten abhängig sind, hätten sie langfristig auch die daran geknüpften Bedingungen (z.B. Anbau, Arbeitseffektivität etc.) akzeptieren müssen — unter der jetzigen politischen Situation jedenfalls):

— Eine große Rolle spielt die Absicht der PS, mit Portugal in die EG zu kommen. KP-geführte oder autonome Landkooperativen sind innerhalb des EG-Agrarmarktes schlecht denkbar. Soares ist zunehmenden Druck von seinen ‚Partnern' ausgesetzt, zu zeigen, daß er auch im Süden — wo die meisten besetzten Güter sind — Herr im Hause ist. Das um so mehr, als die EG-Staaten ihr Interesse an Portugal erst einmal verloren haben.

— Die geplante Aktion kann als exemplarische verstanden werden, um den Schwesterparteien (v.a. SPD) den Willen zur Abgrenzung von Kommunisten und Linksradikalen zu demonstrieren (die SPD hatte dies wiederholt von Soares gefordert). Nicht unwichtig auch, daß Kooperativen einfacher zu räumen sind, als selbstverwaltete Fabriken (Fabriken haben noch Stadtteil drumrum und eine viel größere Zahl von Arbeiterinnen/Arbeitern.

— Als Hintergrund gilt das Agrarreformgesetz vom Juli 1975, wonach Ländereien nur ab einer bestimmten Größe enteignet werden können. Die Landgüter werden nach einem Punktesystem eingeteilt, das sowohl Größe als auch Bodenbeschaffenheit berücksichtigt: Ab 50.000 Punkten können Landgüter enteignet werden.

50.000 Punkte entsprechen z.B. bei normalem bewässertem Land 50 Hektar, bei unbewässertem Land 350 ha, bei besonders fruchtbaren Böden ab 10 ha und in besonders unfruchtbaren Gegenden auch über 1.000 ha.

Daraus wird ersichtlich, daß es ziemlich unsicher ist, welche Kooperativen von einer Räumung betroffen sind.

Es gibt in Portugal augenblicklich 450 Landkooperativen,auf denen 25.000 Landarbeiter arbeiten.

Seit den Landbesetzungen ist die Anbaufläche in Portugal um 20% gestiegen, außerdem gab es dieses Jahr eine sehr gute Getreideernte. Unter das Agrarreformgesetz fallen 1,5 Mio. ha, wovon allerdings bisher ein Drittel noch gar nicht enteignet ist. Die reaktionäre Bauernvereinigung CAP konnte dies vor allem im Norden bisher verhindern. Die Landarbeitergewerkschaft argumentiert deshalb, daß sie einer Räumung der nicht unter das Agrarreformgesetz fallenden Güter erst dann zustimmen würde, wenn auch dieses Drittel enteignet ist. Die CAP will den umgekehrten Weg, d.h. zuerst die Rückgabe des ‚illegal' besetzten Landes ; daß dann die Enteignung des Drittels Landes erfolgen wird, das nach dem Agrarreformgesetz möglich wäre, ist nicht zu erwarten.

Im Alentejo schlossen sich Kooperativen zu regionalen Einheiten zusammen. Hierzu wurden ‚Leitungskommissionen' gebildet, die von den jeweiligen Arbeiterkommissionen der Kooperativen, gewählt worden waren. Praktisch beherrscht aber die Landarbeitergewerkschaft diese ‚Leitungskommission'.

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Kooperativen, die in den regionalen Einheiten zusammengefaßt sind, führte zu Konflikten zwischen einzelnen Kooperativen und Leitungskommission. Viele Landarbeiter protestierten gegen die Führer der Landarbeitergewerkschaften, die sie als ‚neue Herren' ansahen. Einige Kooperativen spalteten sich ab und forderten selbstverwaltete Kooperativen. Die PS versucht natürlich, diese Konflikte auszunützen und die starke Basis der PCP im Alentejo zu spalten.

Die von der PCP beherrschte Landarbeitergewerkschaft scheint der Räumung der ‚illegalen' Landgüter nicht viel entgegenzustellen. Inwieweit die betroffenen Landarbeiter eine Räumung widerstandslos hinnehmen werden, ist eine andere Frage.

Auf Regierungsseite scheint man sich zumindest auf Widerstand vorzubereiten. So ist der Einsatz der Nationalgarde GNR, sowie im Bedarfsfalle von Militär zur Räumung schon eingeplant. In einigen rechten Zeitungen wird allerdings die ‚Einsatzbereitschaft' der GNR angezweifelt. Am 17.9. wurde auf einer Versammlung im Präsidentenpalast, an der der Präsident, der Premierminister, der Landwirtschaftsminister, der Innen- und Verteidigungsminister, sowie der Generalstabschef und der Kommandant der Militärregion Lissabon teilnahmen, die Intervention des Militärs im ‚Bedarfsfall' beschlossen.

Am 12.Dezember sind in Portugal Kommunalwahlen. Die PS hat Angst, den Norden völlig zu verlieren — an die Rechten. Da im Norden die Agrarreform vor allem von der CAP unter starkem Beschuß steht und zu befürchten ist, daß die überwiegend kleinbäuerliche Bevölkerung dieser Agitation folgt, muß die PS sich als rechts profilieren.

Im gleichen Zusammenhang ist der Umstand zu sehen, daß am 10.Oktober in Rio Mayoer eine Großveranstaltung der rechten Bauern geplant ist (diese Veranstaltung hat schon Tradition: sie war meist Auftakt für großangelegte Kampagnen der Rechten).

Eine wenn auch schwer abzuschätzende Rolle spielt auch folgendes: die Kooperativen organisieren immer mehr einen direkten Verkauf ihrer Produkte in den Städten. So hat zum Beispiel die Kooperativenvereinigung des Ribatejo (dazu gehört auch Torre Bela) einen täglichen Markt in den Räumen der besetzten Fabrik Climatec eingerichtet. Da bei der Ausschaltung des Zwischenhandels die Bauern viel besser abschneiden, ist dies auch für die Kleinbauern der Umgebung recht attraktiv. Der wachsenden Popularität dieser Möglichkeiten muß die PS entgegenwirken.

Viele von uns haben auf Landkooperativen gearbeitet und sich mit den Ansätzen alternativer Arbeits- und Lebensorganisation solidarisiert. Andererseits wissen wir, wer hinter dieser Politik der PS steht, nämlich — so platt es auch klingen mag — der Druck der EG und der internationalen Sozialdemokratie, allen voran die SPD.

Der für den Montag, 27.9.1976,angesetzte Termin der Räumung ist von der portugiesischen Regierung wegen möglichem Bewaffnetem Widerstand auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Außerdem scheinen sich die Herren in Lissabon noch nicht sicher zu sein, ob die für die Räumung eingeplante Armee die ihr zugedachte Rolle auch spielen würde und nicht vielleicht doch in die andere Richtung zielt.

(Portugal-Spanien-Gruppe)

INTERVIEW MIT VERTRETERN DER PROVISIONAL IRA

DUBLIN (ID) 22. September

Drei namentlich nicht bekannte Führer der Provisional IRA haben der irischen Sonntagszeitung „Sunday Independent" ein Interview gegeben, das am 19. September veröffentlicht wurde. Wir geben dieses Interview hier in leicht gekürzter Form wieder. Zum besseren Verständnis hier noch einige Bemerkungen und Hinweise bzw. Erläuterungen:

UDA = Ulster Defensive Association
UVF = Ulster Volunteer Forces
beides sind paramilitärische Organisationen der Loyalisten

In der Republik Irland wurde in der zweiten Septemberhälfte ein Notstandsgesetz verabschiedet mit dem Ziel, die IRA (Provisionals) im besonderen und die republikanische Bewegung im allgemeinen zu zerschlagen. So hat sich nach dem neuen Gesetz die Höchststrafe für Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation von zwei auf sieben Jahre erhöht. Jedermann kann ohne Anklage sieben Tage festgehalten werden etc.. Als Legitimation für die Schaffung dieses Gesetzes wurde stets die Ermordung des britischen Botschafters in Dublin im Frühjahr genannt.

In Nordirland sind sie dabei, den Status „politischer Gefangener" abzuschaffen. Letzte Wcohe wurde dem ersten Republikaner dieser Status nicht zuerkannt, der noch eine Rei he Erleichteru en mit sich bringt. Der Gefangene hat sich daraufhin geweigert, Anstaltskleidung zu tragen, hatte nur ein Bettlaken um sich geschlungen, und das von seiner Einlieferung an. Nach ein paar Tagen erklärte die Gefängnisleitung, seine Gesundheit stehe nicht auf dem Spiel, es sei warm genug in der Zelle. Wie's weiterging, ist nicht bekannt, es stand nichts mehr in der Zeitung.

DAS INTERVIEW :

Was ist die Grundforderung der IRA Provisionals?

„Grundforderung bleibt nach wie vor die öffentliche Erklärung der britischen Regierung zum beabsichtigten R ckzug aus Irland, und solange das nicht passiert, wird der Krieg weitergehen. Britische Beamte haben bei Gesprächen mit Vertretern von Sinn Fein (der politische Flügel der Provisional IRA) im Januar 1975 solch ein Rückzugsversprechen gemacht, und zwar ausdrücklich im Namen

und Auftrag des Kabinetts. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß dies Versprechen eine Vorbedingung für die Wiederaufnahme des Waffenstillstandes (zu Weihnachten 1974 gab es eine dreiwöchige Feuerpause) war. Bei späteren Gesprächen haben sich die Briten geweigert, dieses Versprechen schriftlich zu geben. Sie sagten, sie würden eine Situation wie im Kongo befürchten, wenn sie öffentlich den Rückzug erklären würden."

Die Provisionals weigerten sich, den Namen des Beamten preiszugeben, der das Versprechen gab mit dem Hinweis, die Gespräche zwischen Sinn Fein und den britischen Regierungsbeamten seien nur unterbrochen worden und könnten zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden. Die Gespräche wurden im Februar dieses Jahres abgebrochen. Die Provisionals beschuldigten die Briten, sie hätten den Waffenstillstand mehr als tausend Mal gebrochen.

„Eigentlich war es die RUC (nordirische Polizei), die den Bruch der Abmachung provozierte. Sie bestand darauf, Wohngebiete von Nationalisten zu filzen und ließ sich dabei von der britischen Armee unterstützen."

Was hält die IRA von der Friedensbewegung, den Märschen und Kundgebungen, dem offenbar überwältigenden Wunsch nach Frieden?

„Niemand wünscht sich sehnlicher Frieden als wir. Unsere Genossen wurden ohne Vorwarnung niedergeschossen, Hunderte sind gefoltert worden, Tausende eingesperrt; unser eigenes Leben ist in Stücke gerissen. Wir sind unseren Familien entfremdet und ständig dem Risiko ausgesetzt, erschossen zu werden. Viele von den älteren Republikanern unter uns haben ihr Leben in- und außerhalb von Gefängnissen zugebracht. Ganz sicher wünschen wir mehr als alle anderen, daß dies ein Ende hat. Aber wir wollen einen endgültigen Frieden. Wr wollen einen endgültigen Frieden, der auf Gerechtigkeit aufbaut. Wir wollen ihn nicht nur für uns und die Bevölkerung Irlands heute, sondern wir wollen ihn vielleicht mehr noch für die kommenden Generationen. Die Gewalt in unserer Gesellschaft ist nicht unser Werk, sie ist dem Staatsgebilde Nordirland immanent. Dieser Staat war von Beginn an sektiererisch und gewalttätig und ist es noch. Er kann ohne Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt nicht existieren, und solange es diesen Staat gibt, wird es keinen Frieden geben — einerlei, was die Provisionals tun werden.

50 Jahre lang gab es Nordirland, doch keine Provos — wohl aber Gewalt! Es gab 1966 auch keine Provos und doch Morde. Es gab auch 1969 keine Provos und doch gab es mehr Morde, hunderte von Menschen wurden die Häuser niedergebrannt, und die friedlichen Demonstrationen der Bürgerrechter wurden gewaltsam zerschlagen.

Der Krieg, den wir heute haben, begann, als die britische Armee intervenierte: nicht als Friedensmacht zwischen zwei zerstrittenen Seiten, sondern als Kollaborateure des repressiven Gewaltsystems in Stormont (Ort der nordirischen Provinzregierung). Die Briten sind für die Gewalt verantwortlich. Sie errichteten den sektiererischen Staat, ohne für ihr Mandat auch nur eine irische Stimme zu haben, und sie haben diesen Staat am Leben erhalten. Die Frauen sind zum Großteil ernstzunehmende Personen, die auf die Dauer des Krieges verständlich reagiert haben. Aber sie müssen zugeben, daß der einfältige Friede, dem sie nachhängen, eine Schindmähre ist. Solange dieser Staat besteht, wird es Gewalt geben — auch wenn es zwischendurch mal ruhiger ist — und die Frauen der Friedensbewegung sollten sich dies eingestehen und sich nicht in die Irre führen lassen.

Wir bei den Provisionals sind fest entschlossen, den Sechs-County-Staat (Nordirland) zu stürzen, der beiden Gemeinschaften, den Katholiken wie den Protestanten, so viel Leid zugefügt hat. Indem wir das tun, tun wir etwas Substantielles für wirklichen Frieden und Gerechtigkeit auf der Insel."

Wer hat der IRA ein Mandat gegeben, in wessen Namen und Auftrag wird die Bombenkampagne ausgeführt?

„Unsere Untersützung ist wesentlich substanzieller als allgemein angenommen wird. Die Medien haben übertrieben: es waren bei weitem nicht so viele Friedensmarschierer wie sie schrieben. Darüberhinaus sind inzwischen viele unserer Ansicht, daß es sehr notwendig ist, die Basis für einen wirklichen Frieden zu schaffen. Dann muß man auch mal sehen, wie viele Menschen zu unseren Kundgebungen und Demonstrationen kommen, wie beispielsweise vor das GPO (Hauptpostamt in Dublin). Zum Gedenken an den Osteraufstand 1916 und zu unseren jährlichen Märschen nach Bodenstown zum Milltown-Friedhof etc. Des weiteren haben wir einen soliden Fundus harter Unterstützung, und diese bedeutende Unterstützung ist uns sicher; wie hätten wir sonst sieben Jahre überleben können?

Was das Mandat angeht: eine revolutionäre Bewegung ist nicht auf ein Mandat als Grundlage für Aktionen angewiesen. Ihr Mandat ergibt sich aus dem gerechten und korrekten Kampf, und daraus beziehen wir die Grundlage unseres Mandats. Die Männer von 1916 und 1920 hatten kein Mandat, noch hat es irgendeine revolutionäre Bewegung in der Welt.

In diesem Zusammenhang ist interessant festzustellen, daß viele Liberale in Irland und Großbritannien viele dieser Befreiungsbewegungen unterstützen. Wenn es allerdings eine Befreiungsbewegung zu unterstützen gilt, die sich im Umkreis von 1.000 Meilen von ihnen befindet, wird ihr Liberalismus und Radikalismus überraschend dünn."

Wird dieses von euch soeben dargestellte „gerechte Mandat" auch nach einer Wiedervereinigung aufrecht erhalten?

„Nein. Es ist einer unserer Grundsätze, dem irischen Volk das Recht zu sichern, seine eigene Regierungsform zu wählen. Wir werden diesen Grundsatz stets respektieren. Doch auf der Grundlage des jetzt bestehenden Nordirlands kann kein Arrangement getroffen werden, und Gewalt wird bestehen bleiben, unabhängig davon, was die Provos machen werden."

Was ist zu den sektiererischen Morden zu sagen?

„Niemand ist von der IRA getötet worden, weil sie oder er Protestant war. Jeder Protestant, der von der IRA getötet worden ist, war ausgemachtes Ziel — es waren Leute, die entweder in sektiererische Kampagnen gegen Katholiken verwickelt oder in einer der der paramilitärischen Gruppen organisiert waren."

Aber etliche unschuldige Protestanten sind ermordet worden — wie ist das zu erklären?

„Tatsache ist, daß wir bei verschiedenen Gelegenheiten katholische Gruppen entwaffnet haben, die auf Vergeltung aus waren. Aber als die Loyalisten ihre mörderische Kampagne intensivierten, konnten wir uns den Gruppen nicht mehr in den Weg stellen, die Vergeltungsaktionen ausführen wollten: das hätte bedeutet, die Katholiken ohne Verteidigung zu lassen.

Warum ist nur immer solch ein großes Geschrei, wenn ein Protestant getötet wird, und warum nur rührt sich niemand, wenn Katholiken im Dutzend umgebracht werden? Sind Katholiken denn geboren,um einfach geschlachtet zu werden? Es gab keinen Aufschrei, als acht Katholiken in South-Armagh ermordet wurden, das war noch vor dem Kingsmill-Zwischenfall. Daraufhin gab es Vergeltung, und prompt war die Krise da: die SAS (britische Spezialeinheit) wurde geschickt, Sicherheitskonferenzen fanden statt, aus allen Ecken wurde das Vorgehen verurteilt. Doch nichts, nicht ein Laut,als die Katholiken ermordet wurden."

Mal angenommen, die Briten ziehen ab. Was dann?

„Der Krieg wäre zu Ende, was uns betrifft."

Wenn sich die Protestanten aber nicht in ein vereintes Irland zwingen lassen?

„Wir kennen viele Protestanten, die privat einem vereinten Irland zustimmen, und wenn es an der Zeit ist, werden sie es auch sagen. Wir glauben, daß die Protestanten einem vereinten Irland des Friedens willen zustimmen werden. Man muß einfach sehen, daß die Loyalisten in den letzten zehn Jahren Fortschritte gemacht haben. Damals war der Gedanke an einen Bruch mit Großbritannien einfach undenkbar, doch heute wird darüber ganz offen gesprochen. Die Meinung ist nicht so weit weg vom Standpunkt, einem vereinten Irland zuzustimmen. Es nützt ja auch nichts, zu sagen, die Loyalisten werden kein vereintes Iralnd akzeptieren. Unserer Ansicht nach ist es jetzt das wichtigste Ziel, die Briten rauszubekommen. Dies wird als großer Fortschritt zur Lösung unserer Probleme gesehen."

Was haltet ihr von der UDA und UDV?

„Beide sind faschistische sektiererische Mörderbanden. Wir haben bei einigen Gelegenheiten mit beiden versucht, zu einer Einigung zu kommen, um sektiererische Morde zu verhindern — aber sie haben unsere Versuche zurückgewiesen. Sie sind an eine Halbvölkermord-Politik gebunden und werden darin ganz offensichtlich von ihren Autoritäten bestärkt.

Zum Beispiel: was wäre wohl geschehen, wenn Fahrzeuge und Busse in der Falls Road (Katholikenviertel) gebrannt hätten — so wie letzte Woche in der Shankhill Road (Loyalistenviertel)? Die Verantwortlichen haben die UDA doch noch verhätschelt, und die britische Armee stand wie gewöhnlich abseits. Und — war es ein Zufall? — in derselben Woche lehnte es der Justizminister des Südens, Paddy Cooney, im Parlament weit von sich, die UDA und die UVF verbieten zu wollen. Er wollte ganz offensichtlich der delikaten Sensibilität der Loyalisten nicht zu nahe treten."

Wie stark ist die IRA?

„Wir sind so stark, wie wir immer waren. Wir haben soviel Ausrüstung, wie wir brauchen, wir haben genug Rekruten, und die harte Unterstützung wächst, wenn auch die breitgestreurete Unterstützung mal ab- und mal zunimmt. Derzeit sind wir so gut ausgerüstet und organisiert, um die Kampagne weitere zwei Jahre in Gang halten zu können. Wir glauben jedoch, dass wir während dieser Zeit neue Waffen, Unterstützung und Rekruten erhalten."

Wie steht es um die Organisation in Großbritannien?

„Durch die Verhaftungen haben wir einen gewissen Schaden erlitten; aber inzwischen haben wir uns dort in den letzten paar Monaten wieder neu organisiert. Wir haben eine neue Strategie für unsere Operationen in England entwickelt, und wir sind bereit, dort wieder zuzuschlagen, sobald wir es für angebracht halten. Allerdings werden wir unsere Kampagne erst dann starten, wenn der Kontakt zur britischen Regierung endgültig abgebrochen ist."

Kommt für euch eine militärische Kampagne in Südirland in Frage?

„Ganz und gar nicht. Wir haben unseren Bürgerkrieg im Norden und ihn noch nicht ausgestanden. Unter keinen Umständen werden wir eine Militärkampagne in Südirland beginnen."

Wird die neue Notstandsgesetzgebung der IRA ernsthaft etwas anhaben können?

„Wir sehen nicht, wie — obwohl natürlich jeder Volunteer, der ins Gefängnis kommt, ein Verlust für die Bewegung ist. Repressive Gesetze haben jedoch die Gewohnheit, sich zu unseren Gunsten auszuwirken, und darüber sind wir nicht verärgert."

Hat die IRA den britischen Botschafter in Irland umgebracht?

„Ja. Wir taten es, und wir bitten nicht umVerzeihung. Er wurde nach Irland geschickt, um die britischen Geheimdiensttätigkeiten zu koordinieren, und deshalb wurde er hingerichtet — und aus Vergeltung für den Mord an Peter Clery in Crossmaglen und die Aktivitäten der SAS in Süd-Armagh."

Was steht jetzt ganz konkret an?

„Da geht es zunächst einmal um die Bedingungen der Gefangenen in Portlaoise (Knast in Südirland, in dem vor allem Provisionals sitzen). Es gab in ganz Irland — soweit man sich erinnern kann — nichts Barbarischeres, und wir hoffen, dies durch eine Kampagne öffentlich machen zu können und dem Volk klar zu sagen, welche Brutalität in seinem Namen geschieht.

Dann natürlich die Frage des politischen Satus' der Gefangenen in Nordirland. Wenn republikanischen Gefangenen der politische Status abgesprochen wird, werden wir hart darauf reagieren: alle die im Gefängnis Dienst tun, werden zum erklärten Ziel — ausgenommen sind nur Priester und Sozialarbeiter.

Es ist ja mittlerweile Allgemeingut, daß wir nicht besiegt werden können. Selbst wenn es dieser Generation nicht gelingt, das angestrebte Ziel zu erreichen, werden wir bis zum Ende weiterkämpfen. Doch wir sind entschlossen, jetzt zu siegen und unseren Kindern und deren Kindern die Leiden zu ersparen, die wir ertragen müssen."



STREIKPOSTEN bei Ford in Dearborn–Manche von ihnen arbeiten hier seit 35 Jahren.

DER FORD–STREIK

DETROIT (LNS/ID) 25.September Die United Auto Worker Gewerkschaft (UAW) ist gegen die Ford Motor Company in den Streik getreten. Der letzte Vertrag ist 1973 abgelaufen,und eigentlich sollten jetzt bessere Arbeitsbedingungen erkämpft werden. Tatsache ist aber, daß über 50 000 Auto-Arbeiter, während der Rezession 1974/75 entlassen, jetzt noch auf der Straße sitzen.

Um der derzeitig steigenden Nachfrage nachzukommen, stellen die Autofirmen aber keine neuen Arbeiter ein, sondern erhöhen das Bandtempo (langsam, aber kontinuierlich, sodaß die Arbeiter nur mit einer Stoppuhr die erhöhten Stückzahlen nachweisen können) und fahren Sonderschichten und Überstunden, z.B. wird bei Chrystler seit 4 Monaten jede Woche durchgearbeitet – es gibt also weder Samstag noch Sonntag frei. Diese Methode ist, solange sie funktioniert, billiger, als neue Arbeiter einzustellen, da der zum Teil doppelte und dreifache Lohn für Überstunden die Firmen weniger kostet als die Sozial- und Krankenbeiträge, die sie für neue Arbeiter bezahlen müßten.

Gleichzeitig steigen die Profite der Autoindustrie. Der Rekordprofit von Ford von 907 Mio. Dollar im Jahr 1973 wird dieses Jahr wieder geschlagen, da allein im ersten Halbjahr 1976 770 Mio. Dollar Profit erwirtschaftet wurde. General Motors machte einen Reibach von 1,6 Millionen Dollar in den ersten 6 Monaten dieses Jahres und Chrystler, nach 18 Monaten in den roten Zahlen, schwang sich zu einem neuen Rekordprofit auf.

Diese Zahlen sind für die Gewerkschaft allerdings kein Grund, um hart durchzugreifen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Leonard Woodcock kündigte den Streik am 14.September mit folgenden Worten an: „Wir bedauern es, daß die UAW dazu gezwungen wurde, einen Streik gegen die Ford Motor Company auszurufen". Die 170 000 Arbeiter, die darauf ihre Arbeit niederlegten, um Streikposten zu stehen, sind ziemlich deprimiert. Sie wissen, daß für sie nichts herausspringt.

Zu dem wichtigsten Punkt – Neueinstellungen –, sagt Woodcock, er könne nichts garantieren. Die anderen Punkte über die verhandelt wird, machen früher erkämpfte Rechte wieder rückgängig und werden von den Arbeitern nur als ‚takeaway' bezeichnet. Z.B. soll die Dauer der Ferien in Zukunft mit Arbeitsanwesenheit verknüpft werden (also wenn du öfter mal fehlst, oder krank bist, mußt du mit weniger Ferien rechnen).

– Der Fond zur Arbeitslosenunterstützung, der während der Rezession, als über 250 000 Arbeiter entlassen wurde, pleite machte, soll in Zukunft weniger an die einzelnen betroffenen Arbeiter auszahlen.

– Nach der bisherigen Gleitklausel für Lebenshaltungskosten wurde den Arbeitern bisher ein Inflationsausgleich jedes Jahr gewährt. Das soll jetzt beschnitten werden. Das eingesparte Geld soll für besondere Leistungen im Krankheitsfalle eingesetzt werden.

– Neu eingestellte Arbeiter bekommen 1 Dollar weniger die Stunde als die alten Arbeiter. Erst nach einem Jahr soll der Lohn wieder angeglichen werden.(Normal waren bisher 5–10 Cents weniger pro Stunde)

Den Forderungen entsprechend wird der Streik sehr lasch gehandhabt. Die Gewerkschaften haben so vielen Leuten gestattet, die Fabriken zu betreten, daß es fast so aussieht, als ob die Streikposten eine bürokratische Funktion erfüllen, weil sie permanent die Erlaubnisscheine immer neuer Leute, die ins Werk wollen, prüfen.

Bei dem Werk in Mahwah, New Jersey sollten die Arbeiter nach Gewerkschaftsbefehlen nur 12 Stunden Streikposten stehen. Bei dem riesigen Werk in River Rouge kann man schon am Rauch von weitem sehen, daß zumindest an den Hochöfen weiter gearbeitet wird.

Das Ford Research Center in Detroit (Forschungsinstitut) stimmte mehrheitlich für den Streik. Die Gewerkschaftsführung lehnte dies ab und drohte mit Entzug des Streikgeldes, falls Einzelne doch streiken wollen.

SPIONAGE KOOPERATION USA – SCHWEDEN

STOCKHOLM (ID)
28. September

Während der Jahre 1970 - 73 hat die schwedische Regierung Beträge von zusammen 2185000 Schwedenkronen (skr) an US-Generäle ausgezahlt, wovon mindestens 1450000 skr an den Generalmajor und Chef des Nachrichtendienstes der US Air Force Rockly Triantafellu (Militärische Dienstnummer: R-216220360) gegangen sind. Anhand von in „Folket i Bild/Kulturfront" Nr. 16/76 veröffentlichten Geheimdokumenten geht hervor, daß Schwedens Regierung und Reichsbank umfangreiche und ausgeklügelte Tarnmanöver eingeleitet hatten, um diese Transaktionen zu verbergen.

Zunächst wurde dafür gesorgt, daß die Beträge nicht im öffentlichen Etat erscheinen. Dann fand eine Transaktion von der Reichsbank zur Privatbank „Enskilda Banken" statt. Auf Anweisung der Reichsbank hat dann die Enskilda Banken in Stockholm den Betrag bar in 100-Dollarscheinen ausgezahlt, jedoch – ebenfalls auf Anweisung der Reichsbank – sodann der Reichsbank bestätigt, der Betrag sei telegrafisch an die Chemical Bank in New York überwiesen worden. Aus den Dokumenten geht eindeutig hervor, daß der schwedische Verteidigungsminister Sven Andersson die Aktion geleitet hat.

Die Auszahlung in 100-Dollarnoten fand am 23.12.1970 statt und betrifft einen Betrag von 276982 Dollar und 63 Cent (1450000 skr). Als Handgepäck hat dann Colonel Paul B. Monroe (Militärattache an der US-Botschaft in Stockholm, militärische Dienstnummer: R-431129807) das Geld in die USA gebracht. Empfänger: Rockly Triantafellu.

Ursprünglich hatte man die runde Summe von 1/4 Millonen Dollar vereinbart. Jedoch hatten die Tarnmanöver die Auszahlung verzögert, so daß der Empfänger für die Wartezeit entschädigt werden mußte. Denselben Weg gingen am 22.6.71 noch einmal 250000 skr, wie aus einem Dokument in Dagens Nyheter (15.9.76) hervorgeht. Am 2.9.76 erklärte Triantafellu Reportern der Washington Post, es sei wahr, daß er das Geld empfangen hätte. Er weigerte sich aber, den Grund der Auszahlung anzugeben und verwies auf das Pentagon.

Der schwedische Verteidigungsminister Sven Andersson und der ehemalige Reichsbankchef Per Åsbrink bestritten zunächst, daß die Transaktion überhaupt stattgefunden hat.

Nach Veröffentlichung der Dokumente in Fib/K änderte sich jedoch die Lage. Auf einer Pressekonferenz am 14.9.76 servierte Andersson folgende Version: Die Transaktion habe zwar stattgefunden, aber damit sollte lediglich eine Lieferung elektronischen Geräts für die schwedische Luftwaffe bezahlt werden. Er konnte aber nicht die Frage klären, weshalb die Auszahlung so getarnt geschehen war. Weiter bleibt zu fragen, weshalb der Minister zunächst die Transaktion rundweg bestritten hat. Der schwedische Oberbefehlshaber Stig Synnergren erklärte lakonisch, die gezahlten Beträge seien für Radaranlagen zu niedrig, für Spionagedienste zu hoch. ––– Lund, den 22.9.76

ZANU VERLÄSST DEN ANC

DAR ES SALAAM (ID)
10. September

Die Zimbabwe African Natioal Union verließ gestern den African National Council, die Schirmorganisation , die die Befreiungsbewegungen in Rhodesien zusammenschloß.

Ndabaningi Sithole, der 1974 den Zusammenschluß als Präsident der ZANU unterschrieb, erklärte auf einer Pressekonferenz in Dar-es-Salaam, daß der ANC nicht in der Lage war, die militärischen Aktionen der Befreiungskämpfer zu leiten. Von Anfang an sei die ZANU nicht sehr an der Gründung des ANC interessiert gewesen, habe aber gegen besseres Wissen den Zusammenschluß unterzeichnet, im Interesse der erwarteten nationalen Einheit.

Sithole sagte, daß die Einheit nicht zustandegekommen sei, und die meisten der Befreiungskämpfer weiterhin ZANU.s politischer und militärischer Linie folgten. Die meisten Personen, die den ANC leiteten, hätten keine revolutionäre militärische Erfahrung, besonders nach dem Auszug der ZAPU (Zimbabwe African People's Union). Das habe dazu geführt, daß die Vorschläge des ANC zum militärischen Vorgehen nur Verwirrung gestiftet hätten. Es sei nicht gelungen, die vorhandenen Kräfte für die gemeinsame Revolution einzusetzen, sondern oft wurden sie mißbraucht für frühere Parteiinteressen.

Die ZANU hat den Schritt mit keiner anderen Befreiungsbewegung besprochen und sie auch nicht vorher informiert. Keine der Befreiungsbewegungen war auch bereit, einen Kommentar abzugeben. Allerdings hat Abel Muzorewa, der Präsident des ANC, noch vor kurzem darauf hingewiesen, daß es wichtig sei, alle Befreiungsbewegungen Zimbabwes unter einer politischen Organisation mit einer Armee zusammenzuhalten. Dabei wies er auch auf die Mithilfe der Präsidenten von Mozambique, Angola, Botswana, Tanzania und Zambia hin, die Führung des ANC zusammenzubringen.

JETZT KONTROLLIERT DIE ZIPA GEBIETE IM ZIMBABWE

TANZANIA (ID)
23. September

In Zimbabwe gibt es bereits einige halbbefreite Gebiete, erklärte ein Führer der ZIPA (Zimbabwe Peoples Army) in einem Interview in Maputo (Mosambique). Dzinashe Machingura, stellvertretender politischer Kommissar der ZIPA, erklärte der mosambiquanischen Presseagentur, dies sei das Ergebnis der Bemühungen der ZIPA. Große Teile der afrikanischen Bevölkerung sind mobilisiert und organisiert und stehen voll hinter dem bewaffneten Kampf, der jetzt von den Befreiungskämpfern geführt wird.

Auf die Frage, ob es der ZIPA schon gelungen sei, einige Gebiete ganz zu befreien, antwortete Machingura: Gebiete zu befreien würde heißen, daß wir unsere eigene Verwaltung aufbauen. Damit aber würden wir dem Feind zu viele Ziele für Luftangriffe bieten. Es gibt aber halbbefreite Gebiete. Das heißt, obwohl sich der innere Aufbau der Gebiete noch im Anfangsstadium befindet, hat der Feind keinerlei Kontrolle mehr darüber. Der bewaffnete Kampf in Zimbabwe wird vom Führungsstab der ZIPA geleitet. Machingura sagte, daß der Krieg nicht nur auf immer größere Gebiete ausgedehnt wird, sondern daß die Guerillas auch in immer größeren Einheiten kämpfen und große Garnisonen und Fahrzeugkolonnen angreifen. Dies wurde nur möglich durch die breite Unterstützung der Bevölkerung. „Wir haben eine Armee, die in die Tausende geht. Ohne die Unterstützung der Bevölkerung wäre es schwer möglich, eine so große Armee zu unterhalten. Wir bekommen Essen, Kleidung und jegliche andere Untersützung, die wir brauchen."

Zur Auswirkung von Smith's Wehrdorfpolitik meinte er: Es ist das strategische Ziel von Smith's Regime, die Guerillas von der übrigen Bevölkerung zu isolieren, indem er Konzentrationslager, sogenannte Wehrdörfer errichtet. Aber Smith's Armee ist bereits überlastet, so daß die Soldaten nicht ausreichen, auch noch die Wehrdörfer zu bewachen, sodaß es immer Schlupflöcher gibt. Außerdem gab es in letzter Zeit einen Anstieg der Deserteure, die in die ZIPA eintraten, einige kamen sogar mit ihren Waffen.

Vor einigen Monaten hat der rhodesische Verteidigungsminister erklärt, daß die Dörfer, die die Befreiungskämpfer unterstützen, bombardiert würden. Dazu sagte der ZIPA-Sprecher, daß der Verteidigungsminister damit etwas androhte, das seine Armee sowieso schon länger praktizierte. Sie ergriffen Terrormaßnahmen als Reaktion auf breite Unterstützung der Guerillas.

Die ZIPA hat sich aus dem militärischen Flügel der früheren ZANU (Zimbabwe African National Union) und ZAPU (Zimbabwe African Peoples Union) gebildet. Sie wurde gegründet, um die chaotische Situation im Befreiungskampf zu beenden, die von der Führung des ANC hervorgerufen worden war. Im Dezember 1974 hatten sich alle Befreiungsbewegungen Zimbabwes unter dem ANC zusammengeschlossen. Machingura sagte, daß es dem ANC aber nicht gelungen sei, den bewaffneten Kampf in Gang zu setzen. Es sei klar gewesen, daß ein Erfolg im bewaffneten Kampf nicht durch eine der beiden ANC-Fraktionen, die miteinander rivalisierten, herbeigeführt werden konnte.

aus: „daily news"-Tanzania, 23. September 1976

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer Stand: 12.8.	Exemplare
903R	146	1

H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

